

WISO

Diskurs

Expertisen und Dokumentationen
zur Wirtschafts- und Sozialpolitik

Soziales Wachstum

Leitbild einer fortschrittlichen
Wirtschaftspolitik





Expertise des Thementeam „Soziales Wachstum“
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Soziales Wachstum

Leitbild einer fortschrittlichen
Wirtschaftspolitik

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	3
Zusammenfassung	4
1. Das Problem: Wachstum aus dem Gleichgewicht	6
2. Unübersichtlicher Diskurs zwischen Marktliberalismus und Wachstumsskepsis	10
3. Das Konzept des „Sozialen Wachstums“	12
3.1 Arbeit, Produktivität, Investitionen	12
3.2 Nachfrage und Verteilung	14
3.3 Staat und Markt	15
3.4 Europäische Integration und Globalisierung	16
4. „Zukunftskompass“ einer fortschrittlichen Wirtschaftspolitik	18
4.1 Die Überwindung der Schuldenkrise	18
4.2 Szenarien für ein soziales Deutschland	19
4.3 Nachhaltiges Wachstum für die Weltwirtschaft	20
4.4 Demokratische Steuerung vernetzter Ökonomien	21
5. Ein 10-Punkte-Programm für eine fortschrittliche Wirtschaftspolitik	24
5.1 Mit effektiver Finanzmarktregulierung eine stabile Kreditversorgung garantieren	24
5.2 Mit Bildungspolitik die Wachstumskräfte und die Teilhabechancen aller stärken	25
5.3 Mit Industrie- und Dienstleistungspolitik neue Wachstumfelder erschließen	26
5.4 Mit Mindestlohn und Mitbestimmung die Stellung der Arbeitnehmer stärken	28
5.5 Mit reformierter Steuerpolitik öffentliche Aufgaben gerecht und solide finanzieren	29
5.6 Mit antizyklischer Fiskalpolitik Konjunktur und Verschuldung stabilisieren	31
5.7 Mit einer robusten öffentlichen Finanzarchitektur die Wachstumskräfte in Europa stärken	32
5.8 Mit wirtschaftspolitischer Koordinierung für mehr Stabilität in der Eurozone sorgen	33
5.9 Mit europäischen und globalen Standards Gute Arbeit für alle sichern	35
5.10 Mit einer neuen Wirtschafts- und Währungsordnung die Globalisierung steuern	36
6. Epilog	38
Literaturverzeichnis	39

Diese Expertise wird von der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlicht. Die Ausführungen und Schlussfolgerungen sind von den Autorinnen und Autoren in eigener Verantwortung vorgenommen worden.

Vorbemerkung

Das hier vorgelegte Konzept „Soziales Wachstum“ ist das Angebot der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) für ein fortschrittliches wirtschaftspolitisches Leitbild. Ziel ist es, ein Wachstumsmodell zu entwickeln, das Wohlstand für alle mit Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit verbindet und primär für Deutschland, aber auch für Europa und global anwendbar sein soll.

Die hier vorgeschlagene fortschrittliche Wirtschaftspolitik zielt zwar unmittelbar darauf, die wirtschaftliche und soziale Krise durch ein soziales, also gerechter strukturiertes Wachstum zu überwinden. Mittelbar wird dieses aber auch dazu beitragen, die ökologische und politische Krise zu entschärfen, in der sich Deutschland, Europa und die Welt befinden. Denn das soziale Wachstum mit seinem Fokus auf Bildung, Gesundheit, Pflege und Klimaschutz beansprucht die Naturbasis weniger als das herkömmliche marktgesteuerte Wachstumsmodell. Und es liefert jene Ergebnisse, die die Menschen von demokratischer Politik erwarten, nämlich Teilhabe an der Arbeit und an

den durch sie geschaffenen Werten. Damit verleiht soziales Wachstum der Demokratie wieder jene Legitimation, die ihr weniger wegen Misstrauens gegen ihre Verfahren als durch den Mangel an sozial akzeptablen Ergebnissen, also die Unfähigkeit, die Märkte im gesellschaftlichen Interesse zu steuern, abhandengekommen ist.

Dieser Text beruht auf einer Fülle von Studien und Überlegungen, die in den letzten Jahren innerhalb der FES oder in ihrem Auftrag entstanden sind – teils im Zuge des zwischen 2007 und 2009 durchgeführten Projektes „Deutschland 2020“, teils im Nachfolgeprojekt „Soziales Wachstum“. Das lange Literaturverzeichnis umfasst diese Arbeiten und spiegelt auch die vielfältigen Beiträge prominenter Fachleute wider. Innerhalb der FES haben im Rahmen eines Thementeam René Bormann, Michael Dauderstädt, Philipp Fink, Sarah Ganter, Sergio Grassi, Björn Hacker, Marei John-Ohnesorg, Gero Maass, Christoph Pohlmann, Markus Schreyer, Hubert Schillinger und Jochen Steinhilber mitgearbeitet.

Zusammenfassung

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat die Schwächen des herrschenden Wachstumsmodells deutlich gemacht. Offensichtlich war dieses weitgehend den Marktkräften überlassene Wachstum nicht nachhaltig. Unterstützt von einem allgemeinen Rückzug des Staates und einer Liberalisierung der Arbeitsmärkte hat in Deutschland und auch weltweit nicht nur die Ungleichheit der Einkommen zugenommen. Hinzu kam vielmehr, angetrieben durch die Globalisierung der Finanzmärkte, eine immer ungleichgewichtigere wirtschaftliche Entwicklung, die zu einer rapiden Zunahme der Finanzvermögen und der ihnen entsprechenden Schulden geführt hat.

International äußerte sich diese Entwicklung in großen Ungleichgewichten des internationalen Handels und des Kapitalverkehrs. Hohen Überschüssen der Leistungsbilanz einiger Länder stehen bis heute hohe Defizite der Leistungsbilanz anderer gegenüber. Diese Überschüsse und Defizite haben über die Jahre hinweg hohe Forderungsbestände und Auslandsschulden erzeugt, die zusammen mit den seit der Krise stark gestiegenen Staatsschulden ein nicht mehr tragfähiges Niveau erreicht haben. Es sind daher nun Strategien des Schuldenabbaus gefragt, die tendenziell eine Umkehr der bisherigen Kapitalströme erfordern. Die Anpassungslast kann dabei nicht allein auf den Defizitländern ruhen, sondern muss die Überschussländer – insbesondere Deutschland – mit einbeziehen.

Ein Zurück zur Politik vor der Krise ist daher wenig überzeugend. Um ein ausgeglicheneres und soziales Wachstum zu erreichen, ist es nötig, Abschied von der Idee effizienter Finanzmärkte zu nehmen. Die Krise hat gezeigt, dass diese von Herdenverhalten und regelmäßig überstürztem Stimmungswandel geprägt sind. Die Allokation des Kapitals allein den Finanzmärkten zu überantworten, führte zu gewaltigen Fehlentwicklungen.

Angesichts dieses erheblichen Marktversagens sind eine wirksame Regulierung von Banken und Finanzmärkten und ein stärkeres sozial- und industriepolitisches Engagement des Staates gefordert.

Das hier vorgeschlagene Leitbild des sozialen Wachstums zielt auf ein Umsteuern in der Wirtschaftspolitik und eine Stärkung der Binnennachfrage. Das zukünftige Wachstum in Deutschland dürfte nicht mehr primär in der Industrie, sondern vor allem in den Dienstleistungen liegen. Gerade bei den sozialen Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheit und Pflege besteht noch ein erheblicher Nachholbedarf. Viele Bedürfnisse, insbesondere der Menschen in den unteren und mittleren Einkommensschichten, können mangels Kaufkraft nicht befriedigt werden. Insofern ist ein neues soziales, makroökonomisch tragfähiges, strukturell sinnvolles und verteilungsgerechtes Wachstumsmodell erforderlich, das Arbeitslose beziehungsweise Unterbeschäftigte in einen wachsenden Dienstleistungssektor mit guter Arbeit absorbiert, die Beschäftigung und Produktivität insgesamt steigert und die Einkommensverteilung verbessert.

Um die für die Krise mitverantwortliche Ungleichheit zu mindern, ist die Steuerpolitik viel stärker als bislang zu nutzen, etwa durch eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Um die Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone zu verringern, ist eine Abstimmung der Lohnpolitik ebenso sinnvoll wie eine engere Koordinierung der Wirtschaftspolitik in Form einer Beobachtung der Leistungsbilanzüberschüsse und -defizite. Gemeinsame Euro-Staatsanleihen könnten den Anfang für eine echte, auch fiskalische Integration innerhalb der Eurozone bilden.

Soziales Wachstum muss den Märkten nicht nur in Europa, sondern auch global wieder Leit-

planken setzen, die ihre Wirkungsmacht in gesellschaftlich wünschenswerte Bahnen lenken. Dazu zählen Mindeststandards bei den Arbeitsbedingungen, die wohlfahrtsstaatliche Absicherung ebenso wie eine koordinierte globale Währungspolitik, die für die Realwirtschaft schädliche Wechselkursverwerfungen kontrolliert. Eine fortschrittliche Wirtschaftspolitik, die dieses Leitbild umsetzt, sollte daher als Kern folgendes Zehnpunkteprogramm haben:

- (1) mit effektiver Finanzmarktregulierung eine stabile Kreditversorgung garantieren;
- (2) mit Bildungspolitik die Wachstumskräfte und die Teilhabechancen aller stärken;
- (3) mit Industrie- und Dienstleistungspolitik neue Wachstumfelder erschließen;

(4) mit Mindestlohn und Mitbestimmung die Stellung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärken;

(5) mit reformierter Steuerpolitik öffentliche Aufgaben gerecht und solide finanzieren;

(6) mit antizyklischer Fiskalpolitik Konjunktur und Verschuldung stabilisieren;

(7) mit einer robusten öffentlichen Finanzarchitektur die Wachstumskräfte für Europa stärken;

(8) mit wirtschaftspolitischer Koordinierung für mehr Stabilität in der Eurozone sorgen;

(9) mit europäischen und globalen Standards Gute Arbeit für alle sichern;

(10) mit einer neuen Wirtschafts- und Währungsordnung die Globalisierung steuern.

1. Das Problem: Wachstum aus dem Gleichgewicht

Die 2007 ausgebrochene globale Wirtschafts- und Finanzkrise schien gerade erst halbwegs überwunden, da kehrte sie bereits wieder mit voller Wucht zurück. Während die gigantischen Geldvermögen und das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in einigen Staaten ungefähr wieder ihren Vorkrisenstand erreicht haben, leiden andere weiter unter den Krisenfolgen in Form geringen Wachstums, erhöhter Arbeitslosigkeit und steigender Staatsverschuldung. Dabei ist der inzwischen bedrohliche Umfang der Staatsverschuldung nicht zuletzt Ergebnis der Antikrisenpolitik, die durch Bankenrettung und Konjunkturprogramme die rasche Überwindung der Krise erst ermöglicht hatte. Nun hat sich die Finanzmarktkrise in eine Staatsschuldenkrise verwandelt, die ihrerseits wieder eine erneute Bankenkrise auszulösen droht.

Die Wirtschaftskrise offenbart, dass das vorherrschende Modell wirtschaftlichen Wachstums grundlegende Schwächen aufweist. Eine schlichte Rückkehr zur Politik aus der Zeit vor der Krise scheint kaum noch möglich. In jüngster Zeit hat daher eine breite Debatte um Vor- und Nachteile wirtschaftlichen Wachstums eingesetzt. Damit einher geht eine andere Debatte um das Versagen von Staat oder Markt, das die Finanz- und Wirtschaftskrise verursacht hat. Die aus ungesteuerten Wachstumsprozessen resultierenden Fehlentwicklungen gilt es zu begreifen, um Alternativstrategien entwickeln zu können. Diesem Zweck dient das Leitbild des „Sozialen Wachstums“. Es geht um einen Entwurf eines Wachstumsmodells, das sozial ausgewogen und damit zugleich weniger krisenanfällig ist. Das impliziert eine aktivere Rolle des Staates im Inland, aber auch international bei der Kooperation und in der Koordinierung von Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Die Krise kam nicht von ungefähr. Ihre Ursachen lagen in einer langen Phase global ungleichgewichtigen Wachstums, das von zunehmend ungleicher Einkommensverteilung begleitet wurde, die wiederum zu einer Explosion der Finanzvermögen geführt hat. Diese Vermögen hatten ihre Kehrseite in gewaltigen Schulden aus den akkumulierten Defiziten in Staatshaushalten und Leistungsbilanzen. In vielen Ländern kam es zudem zu einer Überschuldung der privaten Haushalte, zum Beispiel in den USA, Großbritannien, Griechenland, Spanien und Irland. In einigen Staaten (zum Beispiel den USA, Japan, Griechenland) hat sich die öffentliche Hand stark verschuldet, um die für das Wachstum nötige Nachfrage zu finanzieren. Der schnelle parallele Aufbau von Schulden und Vermögen bis zum Ausbruch der Krise war möglich geworden, weil die globalen Finanzmärkte zu wenig reguliert wurden, und weil sie ihrerseits Risiken unterschätzten, verheimlichten und unkontrolliert streuten.

So konnten sich sehr große Ungleichgewichte im internationalen Handel aufbauen, die nicht über den Markt- beziehungsweise Preismechanismus, d.h. eine entsprechende Änderung der Wechselkursverhältnisse ausgeglichen werden konnten, sondern sich vielmehr dauerhaft verfestigten. In der Eurozone haben trotz robusten Wachstums die Divergenzen zwischen den Mitgliedstaaten in den zurückliegenden Jahren immer weiter zugenommen. Die einheitliche Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) begünstigte in den früheren Hochzinsländern Südeuropas einen schuldengetriebenen asymmetrischen Wachstumsprozess mit starken Leistungsbilanz-Ungleichgewichten, der in der Finanzmarktkrise einbrach.

Dieses ungleichgewichtige Wachstum wurde durch folgende langfristige Trends möglich gemacht, die ihrerseits Rückwirkungen auf das globale Wachstum hatten und haben (Dauderstädt 2011b):

- *Globalisierung*: Die Internationalisierung der Märkte für Information, Kapital, Güter und Dienstleistungen und Arbeit hat die Wachstumsprozesse seit etwa 1990 begünstigt. Die Transformation der exkommunistischen Wirtschaften (vor allem Chinas) und die Einbeziehung einer wachsenden Zahl von Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern in die globalen Wirtschaftskreisläufe haben eine erweiterte internationale Arbeitsteilung, Spezialisierungsgewinne und damit Produktivitätsschübe ermöglicht. Diese haben global gesehen zu größerem Wohlstand geführt. Andererseits erforderte die ausschließlich markt- und wettbewerbsbasierte Globalisierung erhebliche Anpassungsprozesse in allen beteiligten Ländern.
- *Zunehmende Ungleichheit*: Die Einkommenszuwächse wurden zunehmend ungleich verteilt, da die Verteilungsmacht von Staaten und Gewerkschaften beziehungsweise Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durch den globalen Wettbewerb um Steuerquellen, Produktionsstandorte, Investitionen und Arbeitsplätze zugunsten der Unternehmen, Vermögensbesitzern und Investoren geschwächt wurde. In praktisch allen Ländern ist ein Anstieg der Gewinnquote und ein Absinken der Lohnquote sowie eine wachsende Kluft zwischen Arm und Reich als Folge der extrem ungleichen Verteilung der Globalisierungsergebnisse festzustellen.
- *Krisenanfällige Finanzmärkte*: Die Liberalisierung der weltweiten Kapitalmärkte hat zudem dazu geführt, dass der Finanzsektor heute in einem hohen Maße abgehoben und abgekoppelt von der Waren und Dienstleistungen produzierenden Realwirtschaft agiert. Kurzfristige, oftmals spekulative Kapitalbewegungen bedrohen die Stabilität von Finanz- und Wirtschaftssystemen. Die globale Wirtschaft ist dadurch in den letzten Jahren und Jahrzehnten zunehmend krisenanfälliger geworden.

Deutschlands Wirtschaft, vor allem seine Exportwirtschaft, hat von diesen Entwicklungen unter dem Strich auf den ersten Blick profitiert. Sie bietet eine Produktpalette (Kapital- und Luxusgüter) an, die dank des von Ungleichheit geprägten globalen Wachstums im Ausland auf eine hohe Nachfrage stößt. Sie hat ihre Produktion internationalisiert, was zu einem im internationalen Vergleich starken und relativ großen Industriesektor bei einem gleichzeitig relativ kleinen Dienstleistungssektor geführt hat.

Bei einem genaueren Blick lassen sich aber auch in Deutschland problematische Entwicklungen feststellen. So ist die deutsche Volkswirtschaft im Zuge der hohen Abhängigkeit von der Exportindustrie stark anfällig für Krisen im Ausland. Dies betrifft nicht nur den Bankensektor, der im Zuge der globalen Finanzkrise in eine existenzgefährdende Schieflage geraten ist und vom Staat gerettet werden musste. Auch die Realwirtschaft wurde in Deutschland von der Krise sehr stark betroffen. Mit rund minus fünf Prozent war der Wachstumseinbruch in Deutschland 2009 im internationalen Vergleich mit am stärksten. Zwar stieg die Arbeitslosigkeit nur wenig an; dahinter aber verbarg sich eine massive Abnahme der geleisteten Arbeitsstunden durch den Abbau von Arbeitszeitkonten und durch Kurzarbeit.

Auch längerfristig betrachtet ist die Wachstums- und Beschäftigungsdynamik Deutschlands im internationalen Vergleich enttäuschend. Das Wachstum war bis 2005 eher schwach, da es überwiegend von Exportüberschüssen abhing und die Binnennachfrage vernachlässigte. Bedenklich ist auch das im internationalen Vergleich stärker rückläufige und niedrige gesamtwirtschaftliche Produktivitätswachstum (van Ark et al. 2009). Auch waren vor der Krise die Arbeitslosenzahlen in Deutschland lange Zeit hoch. Dank des Vordringens des Finanzmarktkapitalismus und einer Arbeitsmarktpolitik, die prekäre Beschäftigung förderte, stagnierten die Reallöhne. Die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen nahm rascher zu als in fast allen anderen OECD-Ländern (Bontrup 2010). Weiterhin sind vor allem Geringqualifizierte vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen

sen. Bereits in den Jahren vor der Krise konnten demnach immer weniger Menschen von der wirtschaftlichen Entwicklung profitiert; die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufstiegschancen haben sich seitdem verschlechtert und das (Alters-)Armutsrisiko hat zugenommen. Diese gravierenden sozialen Probleme gefährden nicht nur die weitere ökonomische Entwicklung, sondern auch den Zusammenhalt der Gesellschaft.

In Deutschland ist zudem in den letzten Jahren ein Rückbau und Rückzug des Staates aus vielen Bereichen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens festzustellen. Dies spiegelt sich zum einen in der Entwicklung der Staatsquote wider, die kurz vor der Krise auf den niedrigsten Wert seit der deutschen Wiedervereinigung sank. Dies hatte zur Folge, dass Deutschland im öffentlichen Bereich mittlerweile eine der niedrigsten Investitions- und Ausgabenquoten für Aus- und Weiterbildung sowie für öffentliche Infrastruktur aufweist. Das hat das Wirtschaftswachstum in Deutschland in den zurückliegenden Jahren gedämpft und untergräbt die Grundlagen zukünftigen Wachstums.

Auch die Steuerquote ist im Zuge von umfangreichen Steuersenkungen, durch die dem Staat allein in den letzten zehn Jahren rund 350 Milliarden Euro entgangen sind, stark zurückgegangen und liegt mittlerweile auf einem im internationalen Vergleich niedrigen Niveau. Das Ziel, durch Steuersenkungen die Investitionstätigkeit der privaten Unternehmen anzuregen, wurde nicht erreicht. Stattdessen zeichnet sich durch die zurückliegenden Steuersenkungen eine zunehmende verteilungspolitische Schieflage im deutschen Steuersystem ab. Kapital- und Vermögenswerte werden mittlerweile kaum mehr steuerlich belangt, was die Einkommens- und Vermögensungleichheit weiter beschleunigt. Dagegen tragen die Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitseinkommen, vor allem beim Bezug mittlerer Einkommen, auch als Verbraucherinnen und Verbraucher, effektiv einen immer größeren Teil der gesamtwirtschaftlichen Steuer- und Abgablast. Dem Staat, allen voran den Ländern und Kommunen, auf die der Großteil der öffentlichen Investitionstätigkeit entfällt, fehlt damit

der finanzielle Handlungsspielraum für die Bewältigung der anstehenden Zukunftsaufgaben. Nicht einmal das Ziel der Reduzierung der Staatsverschuldung konnte erreicht werden. Durch das lange Zeit schwache Wirtschaftswachstum und die hohe Arbeitslosigkeit stieg die deutsche Staatsverschuldung bereits vor der Krise stark an, und erhöhte sich weiter stark im Zuge der notwendigen fiskalpolitischen Rettungsmaßnahmen zur Überwindung der aktuellen Krise (Priewe/Rietzler 2010).

Wegen seiner starken Exportorientierung brach das Wachstum in Deutschland besonders heftig ein (minus fünf Prozent). Es konnte sich aber auch wieder rascher als in anderen Ländern erholen, da es überproportional vom jüngsten globalen Aufschwung profitierte, der durch die weltweit durchgeführten staatlichen Konjunkturprogramme und die massiv expansive Geldpolitik der Zentralbanken zustande kam. Die Entspannung am Arbeitsmarkt erlaubt leichte Nominallohnzuwächse. Trotzdem ist die deutsche Wirtschaft zu ihrem exportorientierten, ungleichgewichtigen Wachstumsmodell zurückgekehrt. Die nunmehr sehr niedrigen Realzinsen – infolge niedriger Nominalzinsen und leicht höherer Inflation – stärken das Wachstum zusätzlich. Das „Post-Krisen-Wirtschaftswunder“ hängt aber wie schon die Entwicklung vor der Krise von der europäischen und globalen Nachfrage ab. Die gegenwärtig den weltwirtschaftlichen Aufschwung tragenden Schwellen- und Entwicklungsländer haben mit einer Überhitzung der Konjunktur, mit spekulativen Kapitalzuflüssen und drohenden Vermögenspreisblasen zu kämpfen. Sowohl europäisch als auch global bestehen erhebliche makroökonomische Risiken und ordnungspolitische Defizite, die den Rahmen des Aufschwungs fragil und die Verteilung seiner Früchte ungerecht erscheinen lassen.

Die ökonomischen Krisen dürften sich weiter verschärfen, wenn ihre Ursachen nicht bekämpft und ihre Erscheinungsformen nicht ausreichend reguliert und gedämpft werden. Ein ungelinktes wirtschaftliches Wachstum wird weltweit weitere riskante Entwicklungen verstärken: So hat in der Vergangenheit das wirtschaftliche

Wachstum den Ausstoß an Klimagasen (CO₂) beschleunigt und die Preise zahlreicher Rohstoffe steigen lassen. Der Klimaschutz bildet eine extreme Herausforderung für kollektives Handeln auf globaler Ebene, da Umweltsünder (Haushalte, Unternehmen, Länder) als Trittbrettfahrer auf Kosten derer wachsen können, die Einsparungen vornehmen. Der drohende Wettbewerb um die Zugänge zu Rohstoffen wird im – auch schon problematischen – Idealfall als Konkurrenz um die Nachfrage der Rohstoffproduzenten und als Wettlauf der Ressourceneffizienz ausgetragen, kann aber auch in Konflikte um territoriale und wirtschaftliche Kontrolle der Rohstoffquellen umschlagen.

Auch die Entwicklung der Weltbevölkerung wird fortschreitend zum Wachstumsrisiko, obwohl sie in der Vergangenheit das Wirtschaftswachstum meist gestützt hat. Der demografische Übergang zu stabilen oder schrumpfenden Bevölkerungen bei gleichzeitig steigender Lebenserwartung verändert den Altersaufbau der Gesellschaften dramatisch. Das Arbeitsangebot wird tendenziell zurückgehen, die Erwartungen und Bedarfe der Seniorenpopulation dagegen zunehmen. Dieser demografische Übergang wird in Deutschland erst ab 2020 schmerzhafter spürbar, allerdings mit der voraussichtlich positiven Nebenwirkung sinkender Arbeitslosigkeit.

2. Unübersichtlicher Diskurs zwischen Marktliberalismus und Wachstumsskepsis

Diese Krisentendenzen des herrschenden Wachstumsmodells werden derzeit sehr unterschiedlich interpretiert. Auf der einen Seite stehen die Vertreterinnen und Vertreter der Ansätze, die konsensuelle politische, möglichst demokratisch legitimierte und verrechtlichte Lösungen global oder zumindest multilateral, europäisch oder national anstreben. Auf der anderen Seite stehen diejenigen, die darauf vertrauen, dass im Rahmen eher minimaler staatlicher Rahmenseetzungen der Wettbewerb der Nationalstaaten, Unternehmen und Individuen zu Lösungen der bestehenden Probleme auf nationaler, europäischer und globaler Ebene führt. Für die Gläubigerstaaten, Vermögensbesitzerinnen und -besitzer und die Mehrheit der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber macht es den Charme dieser Option aus, dass diese Lösungen eher ihre Fähigkeiten und Interessen reflektieren.

Dazu quer verläuft eine Konfliktlinie zwischen denen, die Globalisierung, Europäisierung und Wachstum befürworten und denen, die dies ablehnen. Die einen wollen die Globalisierung zugunsten nationaler, regionaler und lokaler Güter- und Finanzkreisläufe zurückdrängen und auf Wachstum verzichten – die anderen begrüßen die Entwicklungen, wollen sie aber eventuell anders gestalten. Im ersten Lager sind sowohl radikale rechte wie linke Positionen zu finden, wobei die einen ihr Heil in einem Rückbau der Globalisierung zugunsten nationaler, regionaler und lokaler Güter- und Finanzkreisläufe und einer Rückkehr zu einer völkisch-nationalen Politik sehen, während die anderen vom Aufbau des Ökosozialismus in einem Land träumen, das sich aus den Zwängen des Weltmarkts und des Wachstums befreit hat. Sie fordern auch eine Wachstumsrücknahme, um angesichts ökologischer

Grenzen Entwicklungs- und Schwellenländern ein weiteres Wachstum zu ermöglichen.

In der Parteienlandschaft Deutschlands spielen die radikalen Positionen bislang eine relativ geringe Rolle und sind fast ausschließlich im außerparlamentarischen Raum zu finden. Wachstums- und Globalisierungskritik und Europaskepsis sind zwar im gesellschaftlichen Diskurs häufig zu finden, die Ausstiegsoption ist bisher allerdings kaum eine ernsthaft vertretene politische Position. Aber auch bei den Positionen, die Wachstum grundsätzlich befürworten und für notwendig halten, gibt es noch erhebliche Unterschiede, etwa im Ausmaß der Bereitschaft, supranationale Lösungen zu suchen, globale und europäische Verantwortung zu übernehmen und Solidarität zu üben.

Diese Unterschiede zeigen sich insbesondere:

- hinsichtlich der demokratischen und sozialen Ausgestaltung der Globalisierung;
- hinsichtlich des Verhältnisses von Angebots- und Nachfrageorientierung in der Wirtschaftspolitik ;
- hinsichtlich der Bedeutung von Kooperation und Wettbewerb zwischen Staaten;
- hinsichtlich der Frage der Einhegung der globalen Märkte, vor allem der Finanzmärkte, durch international vereinbarte Standards und Regelwerke etc.

Im deutschen wirtschaftspolitischen Diskurs dominiert die traditionelle Konfliktlinie zwischen denen, die stärker auf Marktkräfte, Privatinitiative und „Eigenverantwortung“ setzen, und denen, die durch staatliche Eingriffe in und gegen den Markt egalitärere soziale oder auch ökologischere Verhältnisse schaffen wollen. Dabei ist eine ordnungspolitische Rolle für den Staat unumstritten. Im ersten „Lager“ vertraut man auf

die Angebotskräfte, denen zu viele staatliche Auflagen, zu hohe Steuern und starke Gewerkschaften nur im Weg stehen; im anderen Lager sieht man darin die notwendige Korrektur von Marktversagen. Während für die einen Ungleichheit

eine natürliche Bedingung des Wachstums und zu akzeptieren ist, ist sie für die anderen ein Resultat von Marktmacht, das auch im Interesse langfristigen Wachstums auszugleichen ist.

Warum überhaupt Wachstum?

Wachstumskritiker von konservativer (Miegel 2010), grüner (Seidl/Zahrnt 2010) und linker (Passadakis/Schmelzer 2011) Seite stellen den Sinn weiteren Wachstums grundsätzlich infrage. Es sei ökologisch nicht nachhaltig, erfülle keine „echten“ Bedürfnisse mehr, mache nicht glücklich und beruhe auf der Ausbeutung von Natur und Menschen, vor allem in den ärmeren Ländern. Es gebe vielmehr Wachstumszwänge aufgrund der derzeitigen Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme und der Verwertungsinteressen des Kapitals.

Diese Kritik ist wenig stichhaltig. Wachstum ist wichtig zur Deckung eines noch immer großen unbefriedigten gesellschaftlichen Bedarfs. Wachstum ist zudem sinnvoll in Branchen und Bereichen, die bislang zu wenig entwickelt sind, etwa in den Bereichen Bildung, Pflege und Klimaschutz. Wirtschaftliches Wachstum hat nicht notwendig einen höheren Verbrauch von Rohstoffen und Energie zur Folge. Es kann beispielsweise auch aus der Transformation von hauswirtschaftlichen Aktivitäten in marktbezogene Erwerbsarbeit resultieren. Wachstum ist daher nicht pauschal abzulehnen. Es kommt vielmehr darauf an, welche realen Güter und Dienstleistungen zusätzlich angeboten werden sollen und wessen Einkommen wachsen soll. Mehr Bildung, Pflege, Gesundheit und erneuerbare Energie sind gesellschaftlich erwünscht. Die Einkommen der Ärmsten der Welt und selbst der armen Menschen Deutschlands sollten zudem auf absehbare Zeit weiter wachsen.

Allerdings ist Wachstum auch kein automatisch wirkendes Allheilmittel. So weisen unkritische Wachstumsbefürworter gern darauf hin, dass ohne Wachstum Vollbeschäftigung und eine gerechtere Verteilung nicht zu erreichen sind. Das ist nur die halbe Wahrheit. Denn erstens wäre Vollbeschäftigung auch erreichbar durch Umverteilung der notwendigen Arbeit und der Einkommen, auch wenn das politisch sicher viel schwieriger ohne Wachstum durchsetzbar ist. Zweitens ist Wachstum auch keine Garantie für Vollbeschäftigung und eine gleichmäßigere Einkommensverteilung, wie die Vergangenheit gezeigt hat. Um Vollbeschäftigung zu erreichen beziehungsweise zu erhalten, muss das Wachstum über der Beschäftigungsschwelle liegen, die durch den gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt gegeben ist. Aber diese Produktivitätsgewinne können – wie häufig schon in der Vergangenheit – auch in mehr Freizeit umgesetzt werden. Diese sollte so verteilt werden, dass nicht große Beschäftigtengruppen langfristig arbeitslos sind, sondern alle Menschen kürzere Wochenarbeitszeiten, mehr Urlaub oder einen längeren Ruhestand im Alter haben.

Unterm Strich bleibt: Wachstum ist weiter dort sinnvoll, wo es noch große unbefriedigte gesellschaftliche Bedarfe gibt, sei es bei ärmeren Menschen mit niedrigem Einkommen, sei es in Sektoren, in denen zwar wenig Kaufkraft, aber hoher Bedarf besteht (Dauderstädt 2010a). Dagegen ist ein Zuwachs von Luxusgütern abzulehnen, der kaum noch gesellschaftlichen Wohlstand schafft.

3. Das Konzept des „Sozialen Wachstums“

Das Konzept des „Sozialen Wachstums“ will ein Paradigma definieren, das eine Alternative zum dominanten Diskurs des marktgesteuerten Wachstums aber auch zur derzeit modischen Wachstums-skepsis bietet. Es geht dabei darum, zentrale Begriffe wie „Arbeit“, „Wertschöpfung“, „Produktivität“, „Investition“ und „Schulden“ neu zu definieren und wirtschaftspolitisch „umzukrempeln“. Im Zentrum steht hier die Erkenntnis, dass Märkte im Allgemeinen und insbesondere Finanzmärkte sich als untauglich erwiesen haben, von sich aus für eine aus gesellschaftlicher Sicht rationale Ressourcenzuteilung und Verteilung der Einkommen zu sorgen. Gesellschaftlicher Bedarf unterscheidet sich grundsätzlich von der ungleich verteilten kaufkräftigen Nachfrage. Dieses Konzept soll in konkrete wirtschaftspolitische Empfehlungen münden, die durch ihre Einbettung in das Paradigma des „sozialen Wachstums“ eine bessere Begründung und Konsistenz gewinnen (sollen).

„Soziales Wachstum“ soll möglichst allen Menschen eine Chance zur Guten Arbeit und eine Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand bieten. Dabei ist klar, dass nur verteilt werden kann, was auch produziert wird – aber auch nicht weniger. Die Verteilungsspielräume, die zunehmende Beschäftigung und Produktivitätsfortschritte eröffnen, sollen für mehr privaten und öffentlichen Konsum und Investitionen einschließlich mehr Freizeit genutzt werden. Dazu zählen geringere Wochenarbeitszeit, mehr Urlaub und ein langer geschützter Lebensabend. Zusätzliche Arbeitsplätze und Produktivitätsfortschritte erfordern Investitionen in den materiellen und immateriellen Kapitalstock einschließlich des Humanvermögens. Diese sozialen Investitionen gilt es zu fördern, zu kanalisieren und aus dem Kasino der Finanzmärkte zu befreien (Dauderstädt 2010d).

3.1 Arbeit, Produktivität, Investitionen

Wirtschaftliches Wachstum entsteht angebotsseitig durch mehr Arbeit und/oder höhere Produktivität (vgl. Grafik 1). Beides ergibt sich vor allem aus mehr Investitionen, die neue Arbeitsplätze schaffen, oder durch einen modernisierten Kapitalstock die Arbeit produktiver machen. Aber die drei Kernbegriffe des Wachstums brauchen eine präzisere Definition, um die Prädikate „gut“ oder „sozial“ zu verdienen.

- *Gute Arbeit* ist Arbeit, die ordentlich entlohnt ist und es daher den arbeitenden Menschen erlaubt, sich und ihre Familien angemessen zu versorgen, und bei der die Beschäftigten in den Unternehmen ein Mitspracherecht haben. Diese Bedingungen sind am besten bei Vollbeschäftigung erfüllt, da sie den Lohnabhängigen ausreichend Marktmacht verleiht. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass zusätzliche Beschäftigung, die Schwarzarbeit, Hausarbeit oder Ehrenamt ersetzt, nur in dem Maß neuen Wohlstand schafft, wie sie produktiver ist.
- *Soziale Produktivität* unterscheidet sich von der traditionell konzipierten und gemessenen Produktivität dadurch, dass sie (negative) externe Effekte berücksichtigt, Effizienzsteigerungen auf Kosten der Beschäftigten ausschließt. Der Wert eines Produktes (Gutes oder Dienstleistung) drückt einen gesellschaftlichen Bedarf aus. Wertschöpfung kann sich auch aus der Verbesserung der Qualität aus der Sicht des Konsumenten resultieren. Scheinbare Produktivitätssteigerungen allein durch höhere Output- oder niedrigere Inputpreise, durch verschärfte Arbeitsverdichtung, also mehr Arbeit in der gleichen Zeit, durch verdeckte Qualitätsverminderung oder Orientierung an einer elitären Nachfragestruktur, die aus einer ungleichen Einkommensverteilung resultiert, erhöhen nicht den gesamtgesellschaftlichen Wohlstand.

– *Soziale Investitionen* sind Ausgaben, die Wachstum erzeugen, indem sie entweder Arbeitsplätze schaffen oder die Produktivität steigern. Vermögensumschichtungen zwischen verschiedenen finanziellen Anlageformen zählen nicht dazu. Neben den klassischen Investitionen privater Unternehmerinnen und Unternehmer in einen besseren Kapitalstock und damit in neue oder produktivere Arbeitsplätze zählen staatliche Ausgaben nicht nur in „Beton“ (d.h. Infrastruktur), sondern auch in Bildung, Forschung, Gesundheit dazu. Auch Ausgaben privater Haushalte für Wohnung, Bildung etc. steigern langfristig den Wohlstand.

Investitionen finden in der Privatwirtschaft nur statt, wenn die Investoren einen Einkommensstrom erwarten können, der ihnen ihre oft kreditfinanzierten Ausgaben ersetzt. Die Unternehmen erwarten eine Nachfrage nach ihren Produkten, der Staat erwartet höhere Steuereinnahmen, die privaten Haushalte erwarten ein steigendes Einkommen und/oder geringere Ausgaben (zum Beispiel für Mieten). Diese Einkommen entstehen nur, wenn andere Akteurinnen und Akteure entsprechende Ausgaben tätigen. Dazu benötigen

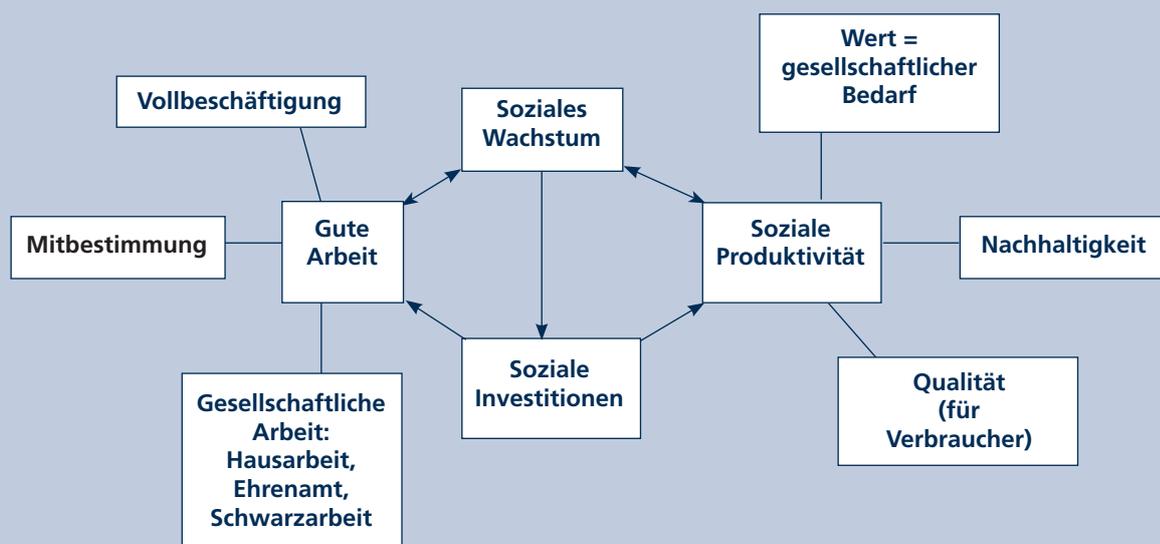
sie ihrerseits Zugang zu Einkommen oder Kredit (vgl. 3.2).

Einerseits sind für soziales Wachstum nicht alle privatwirtschaftlichen Investitionen per se sinnvoll, andererseits versäumt es die Privatwirtschaft systematisch, sozial sinnvolle Investitionen zu tätigen. Dieses Marktversagen wirft die Frage auf, was in Zukunft weiter wachsen soll. Der Industriesektor wird zwar weiterhin eine wichtige Stellung in der deutschen Wirtschaft einnehmen. Dennoch ist nicht davon auszugehen, dass sein Wachstum langfristig unter dem Strich zu mehr Beschäftigung führen wird. In der Tat nimmt der Anteil des Industriesektors am BIP und an der Beschäftigung seit mehreren Jahrzehnten in den meisten entwickelten Ländern ab, auch wenn dieser Trend in Deutschland etwas langsamer verlief. Spiegelbildlich stieg die Beschäftigung im Dienstleistungssektor. Dort liegen auch in Zukunft noch große Beschäftigungspotenziale, vor allem im Bereich der sozialen Dienstleistungen.

Soziales Wachstum wird also überwiegend durch Ausdehnung des Dienstleistungsangebots, vor allem in Bereichen wie Bildung, Pflege und

Grafik 1:

Die Angebotsseite des sozialen Wachstums



Gesundheit, stattfinden. Auch hier wird das Wachstum einerseits aus zusätzlicher Beschäftigung und andererseits aus höherer Produktivität resultieren. Die neuen Arbeitsplätze absorbieren teils derzeit arbeitslose oder unfreiwillig nur als Teilzeitkräfte Tätige, teils werden familiäre Leistungen in Marktleistungen transformiert, was das BIP erhöht, auch wenn der gesellschaftliche Wohlstand nur in dem Maße zunimmt, wie die marktorientierte Arbeit professioneller, produktiver und qualitativ besser ist. Lange Zeit wurde befürchtet, die Produktivität von Dienstleistungen könne kaum zunehmen (Baumol'sche Kostenkrankheit). Diese These klammert aber wichtige Produktivitätskomponenten wie Qualität und immaterielles Kapital aus.

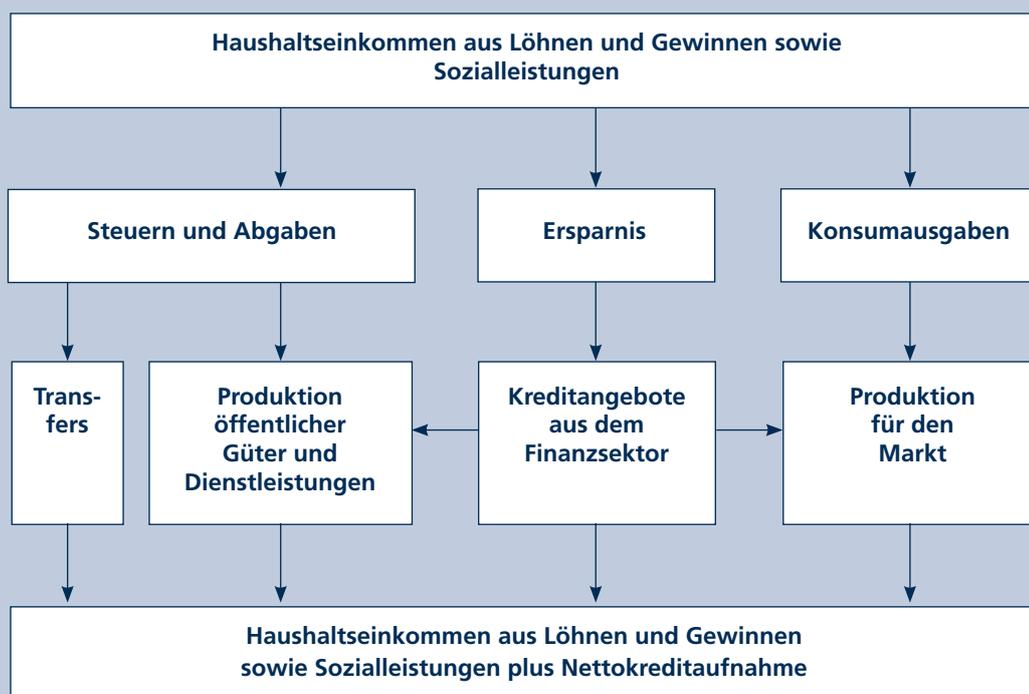
3.2 Nachfrage und Verteilung

Soziales Wachstum bedarf (wie jeder stabile und nachhaltige Wachstumsprozess) einer ausreichenden gesamtwirtschaftlichen Nachfrageentwicklung. Die gesellschaftliche Nachfrage ist beschränkt

durch die Gesamtheit der Einkommen, staatliche Transfers und das zusätzliche Kreditvolumen (vgl. Grafik 2). Die Einkommen werden nur dann nachfragewirksam, wenn sie entweder direkt ausgegeben oder über den Staat (Steuern und Abgaben) oder über den Finanzsektor Akteurinnen und Akteuren zugeführt werden, die diese Mittel ausgeben. In der Regel werden die über den Staat umgeleiteten Gelder ausgegeben, da sowohl die Empfängerinnen und Empfänger von Transferleistungen als auch der Staat als Anbieter öffentlicher Güter kaum sparen. Bei den Ersparnissen, die dem Finanzsektor zur Verfügung gestellt werden, sieht es dagegen problematischer aus, da sie in Anlageformen fließen können, die die Realwirtschaft zumindest unmittelbar kaum stimulieren. Allerdings kann der Finanzsektor – vor allem bei einer akkommodierenden Geldpolitik der Zentralbank – auch Kredite über die Ersparnisse anderer Akteure (meist Haushalte, aber auch Unternehmen, selten der Staat) hinaus schaffen. Nur diese Kredite, die über die Ersparnis hinausgehen, alimentieren das Wachstum.

Grafik 2:

Kreislauf der Einkommen



Denn Wachstum setzt geradezu voraus, dass Sektoren oder Akteure bereit sind, sich zu verschulden und so die Ersparnisse anderer Akteure oder Sektoren zu absorbieren. Ohne diese Bereitschaft zur Verschuldung käme das Wachstum zum Stillstand, da dem wachsenden Angebot sonst keine ausreichende Nachfrage – außer zu sinkenden Preisen – gegenüberstünde. Diese Bereitschaft hängt vom Zinsniveau ab. Die Zinsen müssen niedriger sein als die erwartete Rendite. Gesamtwirtschaftlich muss die Notenbank allerdings das Zinsniveau so wählen, dass das resultierende Kreditvolumen und die sich daraus ergebende Nachfrage nicht die realen Angebotsmöglichkeiten weit übersteigen und nur noch zu Inflation führen. In der Vergangenheit haben die Deutsche Bundesbank beziehungsweise die Europäische Zentralbank aus deutscher Sicht dazu tendiert zu restriktiv zu agieren, damit die Nachfrage unter das Angebotspotenzial gesenkt und Arbeitslosigkeit und Wachstumsschwäche produziert.

Eine Zeitlang kann also Kreditaufnahme mangelnde Nachfrage durch Lohninkommen kompensieren, wie in den USA in den vergangenen Jahren vor dem Ausbruch der Finanzkrise 2007 geschehen. Das Beispiel der USA zeigt aber, dass eine ausufernde Verschuldung kein tragfähiger Ersatz für zu geringe und ungleich verteilte Einkommen sein kann. Hohe Einkommen neigen zu einer hohen Sparquote. In Deutschland und vielen anderen Ländern ist die Einkommensverteilung in den letzten zwanzig Jahren deutlich ungleicher geworden. Die Einkommen der reicheren Bevölkerungsschichten stiegen viel schneller als die der ärmeren. Das führte nicht nur zu einer gedämpften Nachfragedynamik, sondern auch zu einer Nachfragestruktur, die immer mehr auf die Interessen der reicheren Haushalte ausgerichtet war (Luxus- und Positionsgüter). Dieser Trend wurde noch dadurch verstärkt, dass die reicheren Haushalte steuerlich entlastet wurden. Diese Steuergeschenke schränkten auch die Fähigkeit des Staates ein, den gesellschaftlichen Bedarf an öffentlichen Gütern und Dienstleistungen zu befriedigen. Zukünftig muss deshalb darauf geachtet werden, dass die zusätzliche Wertschöpfung auch an die Arbeitnehmerinnen

und Arbeitnehmer verteilt wird. Nur so lässt sich verhindern, dass die Nachfrageschwäche zur Belastung für das Wachstum wird.

3.3 Staat und Markt

Für den Kreislauf der Einkommen zwischen Angebotserstellung und Nachfrage ist es zunächst einmal unerheblich, ob gesellschaftliche Bedarfe öffentlich beziehungsweise kollektiv oder privat über den Markt gedeckt werden. Die häufig geäußerte Vermutung, Steuern und Abgaben senkten die gesellschaftliche Nachfrage, trifft nicht zu, wie oben dargelegt wurde. Im Gegenteil: In dem Maße, in dem durch den Staat Ausgaben getätigt werden, die private Akteurinnen und Akteure unterlassen, entstehen Nachfrage und Angebot mit der Folge zusätzlicher Beschäftigung und zusätzlichen Wachstums. Wenn die Staatskepsis einen berechtigten Kern hat, dann in dem Fall, dass die Annahme zuträfe, eine Angebotserstellung durch den Staat sei weniger effizient als die durch den Markt und private Unternehmen. Nur in diesem Fall wäre etwa von einer Privatisierung mehr Wachstum zu erwarten.

Ein Vorteil des Marktes könnte die bessere Anpassung des Angebots an die Nachfrage durch den Preismechanismus sein. Im Idealfall würden die Preise die gesellschaftlichen Präferenzen widerspiegeln und die Produktionsfaktoren in diejenigen Aktivitäten lenken, die das diesen Präferenzen entsprechende Angebot erstellen. Die Realität sieht jedoch anders aus:

- Wegen der hohen Einkommens- und Vermögensunterschiede ist die Kaufkraft ungleich verteilt und die Preise spiegeln die gesellschaftlichen Präferenzen und Bedarfe nur sehr verzerrt wider.
- Der Preismechanismus blendet externe Kosten (zum Beispiel Umweltverschmutzung) und Nutzen aus und versagt bei öffentlichen Gütern (zum Beispiel öffentliche Sicherheit, Finanzmarktstabilität etc.).
- Aufgrund von Informationsasymmetrien fällt der Nutzen für die Konsumentinnen und Konsumenten deutlich niedriger aus. Der Verbrau-

cher kauft etwa ein Gut und erhöht damit das BIP, erkennt aber später, dass er aus dem Produkt kaum oder keinen Nutzen zieht.

- Die Kapitalmärkte, auf denen Vermögenspreise die zu erwartenden Erträge abbilden sollten, sind – entgegen der lange populären Hypothese effizienter Märkte – nicht wirklich effizient, sondern folgen eher dem Herdentrieb. Sie lenken damit die Investitionen in Angebotssegmente (zum Beispiel Wohnungsbau in den USA, Spanien oder Irland), in denen der gesellschaftliche Bedarf letztlich deutlich geringer sein kann, als von den Märkten erwartet wird.

Aus all diesen Gründen, die Marktversagen widerspiegeln, ist es notwendig, Märkte staatlich zu regulieren und bestimmte gesellschaftliche Bedarfe durch ein staatliches Angebot zu decken. Dabei mag die Effizienz erhöht werden, wenn das Angebot im staatlichen Auftrag durch private Firmen erbracht wird. Aber Effizienz und Produktivität sind nicht mit Kostensenkung zu verwechseln. Kostensenkungen können aus Druck auf Löhne oder andere Inputpreise resultieren, womit nur Wohlstand umverteilt wird.

Die oftmals geäußerte Forderung, der Staat solle sich aus dem Strukturwandel der Wirtschaft heraushalten und ihn dem freien Spiel der Marktkräfte überlassen, ist bei genauerem Hinsehen nicht stichhaltig. Der Staat betreibt seit jeher Industriepolitik, sei es offen durch direkte Förderung einzelner Sektoren oder Branchen, sei es verdeckt, beispielsweise durch die Förderung der internationalen Wettbewerbsstärke durch das staatliche Aus- und Weiterbildungssystem oder auch durch konjunkturpolitische Maßnahmen wie das Kurzarbeitergeld, das der Bauwirtschaft und dem Verarbeitenden Gewerbe die Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise erheblich erleichtert und so den Verlust von Produktionskapazitäten, Wissen und Wachstumspotenzial verhindert hat.

Darüber hinaus belegen viele historische Beispiele, dass es der Markt eben nicht stets besser als der Staat versteht, neue Wachstumfelder erfolgreich und nachhaltig zu erschließen (Mikroprozessor, Internet, erneuerbare Energien). Auch die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise hat gezeigt, dass die Lenkung von Investitionen durch

das freie Spiel der Marktkräfte nicht immer auch dem gesellschaftlichen Wohl dient. Der Staat sollte daher versuchen, im Rahmen einer nachhaltigen Industrie- und Strukturpolitik Investitionen und Kapitalströme in zukunftsweisende, fortschrittliche Verwendungen zu lenken, die den größten gesellschaftlichen Nutzen bieten. Gleichzeitig sollte er den unvermeidlichen Strukturwandel nicht aufhalten, sondern die notwendigen ökologischen, ökonomischen und sozialen Anpassungsprozesse gesellschaftspolitisch begleiten. Dabei geht an einer ressourcen-, klima- und umweltschonenden Organisation der Produktion und des Konsums in Zukunft kein Weg vorbei.

3.4 Europäische Integration und Globalisierung

In grenzüberschreitenden Märkten laufen die Kreisläufe der Einkommen (Grafik 2) über Landesgrenzen hinweg und werden nicht mehr durch einen supranationalen Staat reguliert und kompensiert, wenn private Akteure oder einzelne Staaten Ungleichgewichte erzeugen. Auf der Basis sehr unterschiedlicher nationaler Einkommensniveaus dämpft die globale (beziehungsweise europäische) Konkurrenz der Arbeitskräfte in vielen Ländern die Lohnentwicklung und entkoppelt sie mehr und mehr von der Produktivitätsentwicklung. Die Einkommensungleichheit innerhalb der meisten Länder nimmt zu. Global gibt es allerdings durch die Aufholprozesse einiger Länder einen leichten Rückgang der Ungleichheit. Das dadurch bedingte Wachstum der Ersparnisse heizt die Spekulation auf den Vermögensmärkten an.

Soziales Wachstum auf globaler und europäischer Ebene verlangt auch hier Vollbeschäftigung und weiteres Produktivitätswachstum durch Investitionen in die Realwirtschaft. Die Nachfrage ist durch eine bessere Verteilung, insbesondere durch produktivitätsorientierte Löhne zu sichern.

- *Global* bedeutet dies, dass vor allem in den armen Ländern die Arbeitslosigkeit abgebaut, die Arbeitsbedingungen verbessert und die Löhne erhöht werden müssen. Aufholstrate-

gien, die auf Exportüberschüssen und niedrigen Löhnen beruhen, sollten durch auf Binnennachfrage und Armutsbekämpfung ausgerichtete Strategien ausbalanciert werden. Die Finanzierung der dazu notwendigen Investitionen darf nicht schlecht regulierten globalen Kapitalmärkten überlassen werden, die vom Herdentrieb ihrer Akteurinnen und Akteure geprägt sind.

- Auch in *Europa* besteht noch eine große Ungleichheit, die sich vor allem als starkes regionales Einkommensgefälle artikuliert und in den letzten Jahren innerhalb der meisten Mitgliedstaaten zugenommen hat. Die regionalen Aufholprozesse der letzten Jahre, die in der Schuldenkrise abgebrochen sind, müssen im Rahmen einer europäischen Wachstumsstrategie wiederbelebt werden. Auch in der EU dürfen die dazu notwendigen Investitionen nicht dem freien Markt überlassen werden. Zu viel und zu unbedacht wurde in spanische und irische Immobilien investiert – eine Fehlinvestition mit Folgen. Gute Arbeit muss gegen Unterbietungskonkurrenz im Binnenmarkt durch hohe Mindeststandards bei Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen und Entlohnung geschützt werden. Angebot und Nachfrage müssen in Europa durch eine koordinierte Wirtschaftspolitik so gesteuert werden, dass eine ökologisch und sozial nachhaltige Entwicklung gefördert, ein hohes Wachstums- und Beschäftigungsniveau erreicht und Ungleichgewichte begrenzt werden.

Ein zentrales Problem des gegenwärtigen Weltwährungssystems resultiert aus der Tatsache, dass eine nationale Währung – aktuell der US-Dollar – als Weltwährung beziehungsweise Hauptreservewährung genutzt wird. Um ausreichend Liquidität für die Weltwirtschaft bereitzustellen, muss das Land, das die globale Reservewährung heraus-

gibt, ein Defizit ausweisen. Die Stabilität der Weltwirtschaft und des Weltwährungssystems ist aber vom Vertrauen der internationalen Kapitalmärkte in die Stabilität der Hauptreservewährung abhängig. Defizite erschüttern dieses Vertrauen, was sich immer wieder in starken Schwankungen des realen Wertes des US-Dollars widerspiegelt hat. Dank der dominierenden wirtschaftlichen und politischen Stellung der USA und mangels Alternativen ist dieses Vertrauen zumindest bisher noch nie ganz verloren gegangen.

Da die internationalen Währungsreserven bisher hauptsächlich in US-Dollars gehalten werden, konnten die USA eine expansive Binnenpolitik betreiben, die einen nicht nachhaltigen Vermögenspreis- und Konsumboom begünstigt. Im bestehenden Weltwährungssystem verbindet sich die Reserveakkumulation Chinas mit der expansiven Geld- und Fiskalpolitik in den USA zu einer „symmetrischen Nicht-Anpassung“: Solange die Überschussländer bereit sind, ihre Währungsreserven in US-Dollars zu halten, wird keine Seite unter irgendeinem Anpassungsdruck geraten. Die Geld- und Fiskalpolitik des dominanten Leitwährungslandes (USA) richtet sich vorrangig an binnenwirtschaftlichen Zielen aus und nimmt dabei negative Auswirkungen auf die globale Liquidität – in Gestalt von Über- oder Unterversorgung – mehr oder weniger in Kauf. Das so strukturierte Weltwährungssystem führt im Zusammenhang mit deregulierten Finanzmärkten zu *boom-bust*-Zyklen, d.h. zu Vermögenspreisblasen, die immer wieder platzen. Solange keine Schritte unternommen werden, die globalen Ungleichgewichte abzubauen und die Weltwirtschaft wieder in eine neue Balance zu bringen, werden auch in Zukunft immer wieder neue Finanz- und Wirtschaftskrisen das globale Wachstum und damit auch den Wohlstand aller Länder beeinträchtigen.

4. „Zukunftskompass“ einer fortschrittlichen Wirtschaftspolitik

Wie kann ein neues soziales Wachstumsmodell aussehen und mit welchen wirtschaftspolitischen Instrumenten wäre es umzusetzen? Kurzfristig geht es um die Überwindung der Schuldenkrise, die mit einer strukturellen Neuregulierung der Finanzmärkte einhergehen muss. Mittel- und langfristig geht es um ein Wachstumsmodell, das mehr sozialen Ausgleich und ökologische Nachhaltigkeit ermöglicht und garantiert. Da dies von den Marktkräften allein kaum zu erwarten ist (auch wenn sie von einer klugen Wirtschaftspolitik eingesetzt werden würden, um diese Ziele zu erreichen), hängt der Erfolg mehr denn je von staatlicher Politik ab. In einer global vernetzten Ökonomie ist die enge Zusammenarbeit der nationalen Regierungen und der Aufbau effektiver supranationaler wirtschaftspolitischer Regulierungs- und Steuerungsstrukturen erforderlich.

4.1 Die Überwindung der Schuldenkrise

Die Schuldenkrise hat ihre Wurzeln in der Realwirtschaft und im Finanzsystem. Realwirtschaftlich nahmen die Einkommensunterschiede innerhalb von Ländern und – partiell dadurch bedingt – auch die makroökonomischen Ungleichgewichte zwischen Ländern zu (Busch 2009). Ohne die wachsende Verschuldung der Sektoren und (Defizit-)Länder, die in Erwartung langfristigen Wachstums über ihr Einkommen hinaus zu Konsum und Investitionen bereit waren, wäre das Wachstum, von dem die Überschussländer profitiert haben, schon längst vor der Finanzkrise eingebrochen. Das Finanzsystem hat einerseits die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass der schuldengetriebene Wachstumsprozess lange Zeit in Gang blieb. Andererseits wurden durch Verschiebung und Verschleierung von Risiken nicht tragfähige Wachstumspfade verlängert. Schlim-

mer noch: Die Risikowahrnehmung schwankte so chaotisch zwischen falschem Optimismus und übertriebener Panik, dass dies eine tiefe Krise mit schweren realwirtschaftlichen Folgen ausgelöst hat.

Diese Finanzmarktkrise konnte nur durch die massive geld- und fiskalpolitische Intervention der Zentralbanken und Regierungen in ihren realwirtschaftlichen Auswirkungen begrenzt und abgemildert werden. Im Ergebnis haben sich die Vermögenswerte wieder gut erholt, aber um den Preis einer Umschichtung auf der Passivseite, auf der die Staaten nun einen deutlich gestiegenen Teil der Schulden und Risiken übernommen haben (Dullien/von Hardenberg 2011; Dullien 2010a; McKinsey 2011). Um den Weg frei für neues, nachhaltiges Wachstum zu machen, ist eine substanzielle Entschuldung unumgänglich. Diese kann nur auf drei – auch kombinierbaren – Wegen erfolgen (Dauderstädt 2009b):

(1) *Schulden- und Vermögensschnitt*, wie er bei vielen privaten Schulden (zum Beispiel US-amerikanische Hypotheken) schon erfolgt ist. Ein Schuldenerlass bei Staaten ist wenig sinnvoll, nicht zuletzt, da er in vielen Fällen Banken trafe, die dann rekapitalisiert oder gerettet werden müssten. Damit bliebe letztlich der Schnitt aus und es käme nur zu einem Schuldnerwechsel: Der Staat bliebe auf den Schulden sitzen.

(2) *Ausgabenüberschüsse der Gläubiger*, die zu Einnahmeüberschüssen der Schuldner führen. Dazu müssten Überschussländer bereit sein, Leistungsbilanzdefizite zu akzeptieren; Vermögensbesitzerinnen und -besitzer müssten kräftig investieren und/oder konsumieren oder stärker besteuert werden (Vermögenssteuern, Vermögensabgaben, Erbschaftssteuern).

(3) Eine deutlich höhere, aber noch kontrollierte *Inflation* (etwa vier bis sechs Prozent per anno) über einen mehrjährigen Zeitraum, die die Schulden real entwertet. Die Zentralbanken müssten

diese Preissteigerungen tolerieren und nicht mit Zinserhöhungen reagieren. Vor allem ärmere Bezieherinnen und Bezieher laufender Einkommen (Renten, Sozialleistungen, Löhne im unteren Bereich) müssten gegen eine reale Senkung ihres Lebensstandards und Schwächung ihrer Kaufkraft durch einen Inflationsausgleich in Form von Einkommenssteigerungen und/oder finanziellen Entlastungen geschützt werden.

Der Weg aus der Krise wird alle drei Komponenten verbinden. Aus der Sicht fortschrittlicher Wirtschaftspolitik sollte jedoch die zweite Komponente dominieren. Sie birgt weniger Verteilungsrisiken für die Armen und reduziert die Ungleichgewichte in einem Wachstumsprozess. Gleichzeitig sind die Finanzmärkte so zu regulieren, dass keine Vermögensblasen mehr entstehen. Es geht dabei nicht um eine unsinnige Beschränkung von Krediten für die Realwirtschaft, sondern um die Begrenzung von Spekulation, mehr Transparenz und eine klare Zuordnung von Risiken und Haftung. Dazu müssen alle Schattenbanken verschwinden, der Dschungel exotischer Finanzprodukte gelichtet, eine Finanztransaktionssteuer eingeführt und die Finanzindustrie auf ein solides, „langweiliges“ Geschäftsmodell (Finanzierung der Realwirtschaft, Transformation von Fristen und Risiken) mit dazu passenden Entlohnungsstrukturen zurechtgestutzt werden (Kampeter 2011; Kapoor 2010; Dullien/Herr/Kellermann 2009, 2011).

4.2 Szenarien für ein soziales Deutschland

In Deutschland geht es um eine Korrektur des auf Lohnzurückhaltung und Staatsrückbau setzenden Wachstumsmodells, das dem Land soziale Spaltung und ein einseitig exportabhängiges, fragiles Wachstum beschert hat (Bontrup 2010). Die Binnennachfrage, insbesondere in Bereichen mit starken gesellschaftlichen Bedarfen wie den erneuerbaren Energien, Bildung, Pflege und Gesundheit, muss durch eine gleichmäßigere Einkommensverteilung und einen solide finanzierten öffentlichen Konsum wieder gestärkt werden. In diesen Bereichen können so zusätzliche Beschäftigung und Einkommen entstehen.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) hat in drei großen Studien Szenarien durchrechnen lassen, die ein soziales Wachstum in Deutschland simulieren:

(1) Die erste Studie im Rahmen des Projekts *Zukunft 2020* wurde 2008/9 von Bartsch Econometrics durchgeführt (Bartsch et al. 2009a; Bartsch et al. 2009b). Sie unterstellte eine Erhöhung der öffentlichen Investitionen, vor allem im Bereich der Weiterbildung und Bildung, sowie eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik. Im Ergebnis ergaben sich gegenüber einem Basisszenario mit unveränderter Wirtschaftspolitik ein deutlich höheres Wachstum mit niedrigerer Arbeitslosigkeit, besserer Verteilung und weniger Staatsverschuldung (Bormann et al. 2009a; Bormann et al. 2009b).

(2) Eine zweite Studie *Soziales Wachstum durch produktive Kreisläufe* von Prognos hat 2010/11 berechnet, wie sich eine Expansion sozialer und privater Dienstleistungen um etwa eine Million Arbeitsplätze vor allem im Pflegebereich auswirken würde. Das BIP würde um ca. 22 Milliarden Euro (also knapp ein Prozent des heutigen BIP) zunehmen, was zu etwa zwei Dritteln über den Staat (davon jeweils etwa die Hälfte Steuern und Sozialbeiträge) und zu einem Drittel über den Markt liefe. Die Haushalte finanzieren also ihre eigenen zusätzlichen (Lohn-)Einkommen zu einem Drittel über erhöhten Individualkonsum, zu zwei Dritteln als Konsum öffentlicher Güter (Prognos 2011b).

(3) In einer dritten Studie zur *Interdependenz zwischen Entwicklung des Gesundheitsmarktes und der Entwicklung der Wirtschaft und Beschäftigung* untersuchte das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) 2011 die Folgen einer starken Expansion (zwei Prozent per anno) des Gesundheitssektors auf Wachstum und Beschäftigung. Es geht dabei von einem realen Produktivitätswachstum von einem Prozent pro Jahr aus, wobei die Produktivität im Gesundheitssektor nur halb so schnell zunimmt, also 0,5 Prozent per anno. Bis 2030 steigen dann der Wertschöpfungsanteil des Gesundheitssektors von zehn Prozent auf 13 Prozent und der Beschäftigungsanteil von zwölf Prozent auf 16 Prozent. Entsprechend nehmen die Gesundheitsausgaben als Anteil an den

Haushaltsausgaben zu, bei ärmeren Haushalten stärker (von 16 Prozent auf 24 Prozent) als bei reichen (von sechs Prozent auf zehn Prozent). Auch die Beitragssätze steigen entsprechend stark an. Aber die Ausgaben für andere Bereiche werden deswegen nicht absolut schrumpfen und die Wohlfahrt nimmt ebenfalls zu (RWI 2011).

Deutschland kann sich demnach einen anderen Wachstumspfad mit Energiewende und Ausbau sozialer Dienste ohne steigende Verschuldung der privaten und öffentlichen Haushalte leisten. Seine hohen Exportüberschüsse belegen ein nicht ausgeschöpftes Konsum- und Investitionspotenzial. Aber auch ohne sie bräuchten wir keinen Wohlstandsverlust zu befürchten. Zwar müssen sich Verbrauchs- und Produktionsstrukturen ändern. Aber der Wechsel kann in einem Wachstumskontext durch mehr Beschäftigung und höhere Produktivität ohne unfreiwillige Einschränkungen traditionellen Konsums erfolgen. Dazu müssen die neuen Bedarfe mit stabiler Kaufkraft ausgestattet werden – am besten mittels einer gleichmäßigeren Verteilung der Einkommen und einer Beschränkung des Vermögenswachstums (Dauderstädt 2011a; Pfaller 2010b).

4.3 Nachhaltiges Wachstum für die Weltwirtschaft

Deutschland hat mit seinem exportorientierten Wachstumspfad zur Entstehung der Ungleichgewichte in der europäischen und globalen Ökonomie beigetragen, die sich als langfristig nicht tragfähig erwiesen haben (Artus 2010; Dauderstädt/Hillebrand 2009; Dullien 2010b; Münchau 2010). Ein soziales Wachstum (wie oben beschrieben) wird zu einer wirtschaftlichen Entspannung beitragen. Aber neben Deutschland gibt es noch eine Reihe anderer Länder, vor allem China, Japan und einige Ölexporteure, die erhebliche Exportüberschüsse aufweisen. Deren Kehrseite sind massive Kapitalexporte, die in den Empfängerländern wiederum überschäumendes Wachstum mit Blasencharakter auslösen (Priewe 2011). In der Regel gingen diese Ungleichgewichte auch mit unterschiedlichen Lohnentwicklungen einher, nämlich Reallohnstagnation verbunden mit

niedrigen Lohnstückkosten in vielen Überschussländern (vor allem Deutschland und Japan) und stärker steigenden Lohnstückkosten in vielen Defizitländern (zum Beispiel in der europäischen Peripherie) (Dauderstädt 2009a; Busch 2009).

Das Vorkrisenwachstum hat innerhalb Europas und wohl auch global die immer noch riesigen Einkommensunterschiede zwischen Ländern etwas verringert (Dauderstädt 2011c; 2010c), obwohl es mit perversen Kapitalströmen von armen Ländern (China) in reiche Länder (USA) einherging. Umso wichtiger ist es, gerade die Aufholprozesse ärmerer Länder auf eine tragfähige Basis zu stellen und aus der Abhängigkeit von stark schwankenden Kapitalmarkt Bewegungen zu befreien. Der Aufbau ihres Kapitalstocks – sowohl in Form von unternehmerischem Kapital, Infrastruktur als auch in Form von Humankapital, also Gesundheit und Bildung – muss langfristig und spekulationsresistent finanziert werden. Von den daraus resultierenden Produktivitätssteigerungen profitiert letztlich die Gesellschaft insgesamt und weltweit, auch wenn es sektoral und lokal schmerzliche Anpassungsprozesse geben mag (Dauderstädt 2010b).

Die Nachhaltigkeit des Wachstums ist aber nicht nur durch seine Abhängigkeit vom Finanzmarkt gefährdet, sondern auch durch dessen gewaltige Inanspruchnahme der globalen Ressourcen. Steigende Rohstoffpreise signalisieren, dass der gewünschte Verbrauch das derzeitige – und bei manchen Ressourcen wohl auch das langfristig verfügbare – Angebot übersteigt. Der Preismechanismus wird zwar auf Dauer dafür sorgen, dass das Angebot wächst und die Nachfrage dank Einsparungen und Substitution *relativ* zurückgeht. Aber steigende Preise belasten ärmere Menschen stärker und eine intensivere Ausbeutung von Bodenschätzen geht oft mit massiven sozialen Kosten und Umweltbelastungen einher, die auch die gestiegenen Preise häufig nicht angemessen abbilden.

Zwar wiegt die ökologische Belastung der gesamten Naturbasis, vor allem auch die des Klimas, durch das Wachstum in seiner bisherigen Ausprägung besonders schwer (Netzer 2011). Aber der Ausweg kann nicht in einem schlichten Wachstumsverzicht oder Schrumpfprozess bestehen. Zu

viele Menschen leiden noch Mangel bei Ernährung, Kleidung, Behausung, Gesundheit und Bildung. Soziales Wachstum sollte daher in vielfacher Hinsicht selektiv erfolgen: Die Einkommen ärmerer Menschen sollten schneller wachsen; Investitionen, die mittelfristig Ressourcen sparen, sollten zunehmen; soziale Dienstleistungen sollten wachsen, da sie gesellschaftliche Bedarfe abdecken und meist auch wenig ressourcenintensiv sind. (Spangenberg/Lorek 2003)

4.4 Demokratische Steuerung vernetzter Ökonomien

Angesichts der massiven Auswirkungen der genannten globalen Risiken muss der Erfolg nationaler Entwicklungspfade auch stets durch eine kooperative globale Wirtschafts- und Strukturpolitik gesichert werden. Im Unterschied zum Globalisierungsdiskurs zu Beginn der 1990er Jahre, in dem die Ökonomie entpolitisiert, der Staat diskreditiert und die globalen Prozesse gegen den „Moloch“ Staat in Stellung gebracht wurden, muss in den kommenden Jahren die Rehabilitierung des Politischen gegenüber einem Primat der Ökonomie erreicht werden. Dabei wird die Suche nach den Spielräumen der Politik eher von pragmatischen Lösungen geprägt sein müssen, jenseits von Etatismus, aber auch jenseits von Staatsfeindlichkeit. Dies eröffnet die Möglichkeit, eine politische Debatte über ein modernes Staatsverständnis zu führen – auch und gerade auf regionaler und globaler Ebene (Steinhilber 2008).

Deutschland wird, auch wenn seine Exportfixierung abnehmen wird, auch in Zukunft auf eine funktionsfähige globale Wirtschaft angewiesen sein. Sein Wohlstand wird unter anderem davon abhängen, ob die internationalen Güter- und Finanzmärkte stabil bleiben und die globalen ökonomischen Ordnungselemente an die neuen Bedingungen angepasst werden können. Die Schaffung einer gestaltungskräftigen Außenwirtschaftspolitik, die auf Kooperation und Einbindung abzielt, wird daher eine der Schlüsselaufgaben der Zukunft sein. Mit Blick auf die relative Schwäche der deutschen Stimme im Konzert der Wirtschaftsmächte kann dies wirkungsvoll

nur im Rahmen einer starken Europäischen Union geschehen.

Tatsächlich zeigt sich in Europa mit der Krise und deren Überwindung, aber auch vor dem Hintergrund der anstehenden gemeinsamen Herausforderungen – etwa mit Blick auf die weitere Globalisierung der Märkte, den Klimawandel, die drohende Ressourcenknappheit oder die demographische Entwicklung –, dass sich Wirtschaftspolitik heute nicht mehr in den Grenzen nationaler Staatlichkeit abspielt und abspielen kann. Der gemeinsame Binnenmarkt und die Währungsunion haben bereits seit längerem eine Situation geteilter Verantwortung und Kompetenz zwischen der nationalstaatlichen und der supranationalen Ebene in der EU geschaffen. Allerdings wurden mit der Finanz- und Wirtschaftskrise zahlreiche Missstände, Unzulänglichkeiten und Ungleichgewichte des einseitig ökonomischen Integrationsprozesses in Europa sichtbar (Busch/Hirschel 2011; Hacker 2011a). Seine zentralen Projekte – die Gestaltung des Binnenmarkts und der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) – haben zwar zu Wohlfahrtsgewinnen in den Mitgliedstaaten geführt, doch zugleich wurden auch negative Effekte der Globalisierung auf dem Kontinent verstärkt. Integration vollzog sich primär als „marktschaffender“ Prozess zwischen Unternehmen, aber auch zwischen Staaten: durch Abbau von Handelshemmnissen und durch Intensivierung des Wettbewerbs durch niedrige Löhne, Lohnnebenkosten, steuerliche Belastungen und durch Verbesserung von „marktfreundlichen“ Standortbedingungen. Dagegen blieb der „marktgestaltende“ und „marktkorrigierende“ Prozess, gekennzeichnet beispielsweise durch Aspekte wie gemeinsame Arbeitsschutzstandards, Sozialstandards oder auch Aspekte der institutionellen Ausgestaltung und Weiterentwicklung politischer Kompetenzen der EU, einem „konstitutionellen Minimalismus“ (Platzer 2009) verhaftet (Höpner/Schäfer 2010).

Die Überwindung der Probleme und Schief lagen – und ein Scheitern des Euro und damit letztlich auch Europas und der europäischen Idee – lässt sich nur durch eine Stärkung marktkorrigierender und gestaltender Politikinstrumente und damit letztlich nur durch „mehr Europa“

im Sinne des Leitbilds einer Politischen Union vermeiden (Arbeitskreis Europa 2010b). Ziel muss es letztlich sein, die EU zu einer politischen Union auszubauen, in der demokratische Beteiligungsrechte ähnlich wie in ihren Mitgliedstaaten gewährleistet werden. Von einer schlichten Zentralisierung wirtschaftspolitischer intergouvernementaler Entscheidungsgewalt in Brüssel ist abzu- sehen. Sie hätte nur eine Berechtigung, wenn sie demokratisch kontrolliert würde (zum Beispiel im Rahmen der Gemeinschaftsmethode) (Collignon 2010). Solange dies nicht gewährleistet werden kann, bleibt nur die Stärkung der gemeinsamen politischen Koordination und Abstimmung der Wirtschaftspolitiken der EU-Mitgliedstaaten. Das bedeutet aber auch, dass die EU beziehungsweise alle EU-Mitgliedstaaten gemeinsam institutionell Mitspracherecht in bislang den einzelnen Mitgliedstaaten vorbehaltenen Politikfeldern haben werden (Heise/Heise 2010). Hierbei gilt es insbesondere, die Richtung vertiefender Integrations- schritte im Auge zu behalten: „Mehr Europa“ im Sinne einer weiteren Stärkung des Wettbewerbs- prinzipis und der Zurückdrängung politischer Ge- staltungsräume würde das europäische Projekt implodieren lassen. Entscheidend ist daher ein neues Paradigma europapolitischer Wirtschafts- governance, das den Ausgleich ökonomischer Ungleichgewichte und sozialen Fortschritt in der EU als zentrale Aufgaben versteht (Hacker/van Treeck 2010).

Während in den vergangenen Jahren die Sicherheitspolitik das globale Entwicklungsdilemma zunehmend überlagert hat, drängt nun die Frage nach sozialem Wachstum auch auf der globalen Ebene wieder auf die Agenda. Die Auseinandersetzung darüber wird die künftige Kon- stitution der Welt maßgeblich bestimmen. Dabei hat sich gezeigt, dass Entwicklungsprobleme nicht mehr länger nur die Probleme des globalen Südens sind. Die Verelendung weiter Regionen im Norden wie im Süden wirkt in Form von Krisen auf die prosperierenden Zentren zurück. De- ren Entwicklungsmodell erschöpft sich angesichts der Umweltkrisen, die durch die nachholende Entwicklung einiger Länder noch verstärkt werden. Soziales Wachstum auf globaler Ebene und

damit letztlich globale Entwicklung sind daher ohne ein neues Entwicklungsmodell nicht zu ha- ben, das in allen Nationen den ökologischen Um- bau der Volkswirtschaften mit mehr Verteilungs- gerechtigkeit verbindet (Netzer 2011). Für die globale Ebene bedeutet dies, dass die unterent- wickelten Länder darin unterstützt werden müs- sen, neue Wachstumspfade zu erschließen, die vier Bereiche berücksichtigen:

- (1) ökologisches Wachstum mit dem Schwer- punkt der CO₂-Reduzierung;
- (2) sozial nachhaltiges Wachstum, das Arbeits- plätze schafft;
- (3) stetiges Wachstum, das nicht mehr der Volati- lität der Kapitalmärkte unterworfen ist;
- (3) regionales Wachstum durch regionale Integra- tion und eine vertiefte regionale Infrastruktur.

Dazu sind sowohl die Krise der Regulierung (mit Blick auf die Banken) als auch die Krise der Global Economic Governance (mit Blick auf die globalen Ungleichgewichte) zu lösen.

Bisher bestehen jedoch auf globaler Ebene gravierende Legitimitäts- und Akzeptanzproble- me hinsichtlich der Entscheidungsstrukturen, insbesondere bei den internationalen Organisa- tionen wie zum Beispiel dem Internationalen Währungsfonds (IWF) oder der Weltbank. Diese werden nach wie vor einseitig von den traditi- onellen Industrieländern beherrscht und reprä- sentieren daher primär deren Interessen. Sie re- flectieren die ökonomische Bedeutungs- und Machtbalance aus den Zeiten ihrer Gründung nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, aber nicht den heutigen Stand der globalen Kräfte- verhältnisse. Sie werden deshalb von Schwellen- wie von Entwicklungsländern als nicht repräsen- tativ und deshalb undemokratisch angesehen. Aber auch informelle wirkmächtige Governance- Foren – wie vormals die G7/G8 und heute die um einige führende Schwellenländer erweiterte G20 – haben ebenfalls immer noch gravierende Legitimitätsprobleme, welche die Bereitschaft der dort nicht vertretenen Staaten zur Gefolgschaft einschränkt.

Die Lösung wichtiger Zukunftsfragen, die sich auf globaler Ebene stellen, kann nur gemein- sam mit den Schwellen- und Entwicklungslän-

dern gelingen, die sich in den vergangenen Jahren stärker in die internationalen Finanz- und Handelsstrukturen integriert haben (Joerißen/Steinhilber 2008). Es gilt also, den unter seinen alten Strukturen leidenden Nachkriegsmultilateralismus der Bretton-Woods-Institutionen zu reformieren und die Entwicklungs- und Schwellenländer in neuen Institutionen gleichberechtigt an deren Aufgaben zu beteiligen. Mit den G20 wurde zwar ein Anfang gemacht, ein Forum zu schaffen, in dem sich die heute führenden Wirt-

schaftsmächte auf Augenhöhe begegnen können (Pohlmann/Reichert/Schillinger 2010). Dies, wie auch die zaghafte Reformen des IWF und der Weltbank, reicht jedoch für eine positive Integration noch nicht aus. Hier steht die Weltgemeinschaft erst am Anfang der Diskussion über effiziente und tragfähige globale Governance-Strukturen, die helfen, über Vertrauen Unsicherheit und Komplexität abzubauen und neue Gestaltungsräume zu eröffnen.

5. Ein 10-Punkte-Programm für eine fortschrittliche Wirtschaftspolitik

Das folgende 10-Punkte-Programm umreißt die wichtigsten Reformen, die für eine Umsetzung des Konzepts des „Sozialen Wachstums“ erforderlich oder förderlich sind.

5.1 Mit effektiver Finanzmarktregulierung eine stabile Kreditversorgung garantieren

Soziales Wachstum ist wie jeder Wachstumsprozess auf eine ausreichende Kreditversorgung angewiesen. Dabei muss allerdings gewährleistet werden, dass die Finanzmärkte mit ihrer Kurzfristorientierung, abwechselnd exzessiver Risikoneigung und überschießender Kreditvergabe sowie ihrem Herdenverhalten das Finanzsystem und damit letztlich auch die Gesamtwirtschaft nicht immer wieder in katastrophale Krisen stürzen. In grenzüberschreitend integrierten Finanzmärkten weisen Banken sowohl auf der Passivseite (Einlagen) ausländische Gläubiger, als auch auf der Aktivseite (Forderungen) ausländische Schuldner auf. Einlegerschutz, Liquiditätshilfen (*lender of last resort*) und die Bewertung von Vermögenstiteln (mit Folgen für Mindestreserven etc.) auf rein nationaler Ebene sind daher immer weniger sinnvoll. In kleinen Ländern mit überdimensionierten Bankensystemen (Island, Irland, Schweiz) können die Staaten schnell überfordert sein.

Zur Heilung dieser Marktversagen und letztlich zum Schutz der Steuerzahler bedarf es einer stärkeren, umfassenderen und effektiveren Regulierung der Finanzmärkte, die die Dominanz des Finanzsektors abbaut und diesen wieder stärker in den Dienst der Realwirtschaft (Kreditversorgung der privaten Haushalte und Unternehmen) stellt (Kamppeter 2011; Dullien/Herr/Kellermann 2009, 2011). Kernelemente einer neuen Finanz-

marktregulierung, die möglichst auf globaler oder zumindest auf europäischer Ebene einheitlich umzusetzen ist, sind (Noack/Schackmann-Fallis 2010; Kapoor 2010; Dullien/Herr 2010; Arbeitskreis Europa 2009; Steinbach/Steinberg 2010):

- mehr Transparenz und die Schließung von Aufsichtslücken durch eine möglichst einheitliche, schlagkräftige und grenzüberschreitende zentrale Finanzmarktaufsicht, die Weisungs- und Auflagenbefugnisse wie die nationalen Aufsichtsbehörden haben muss;
- gemeinsame Überwachung der systemischen Stabilität des Finanzsystems;
- höhere und antizyklische Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen für alle Banken und Finanzintermediäre, Verbot von außerbilanziellen Gesellschaften ohne Eigenkapitaldeckung sowie Begrenzung der Verschuldungsmöglichkeiten von Banken und Finanzmarktakteuren (*leverage ratio*), um Anreize für spekulatives, schuldengetriebenes Anlegerverhalten zu reduzieren und die Stabilität des Finanzsystems in Krisensituationen zu erhöhen;
- Erfüllung höherer Eigenkapitalanforderungen durch systemisch wichtige Banken und Aufsetzen „lebender Testamente“ (Abwicklungsregeln) durch diese, nach denen (grenzüberschreitende) Institute bei Insolvenz ohne Schaden für die Allgemeinheit abgewickelt werden können, um die Kosten des Scheiterns durch Spekulation für private Akteure zu erhöhen;
- Reduzierung des Eigenhandels von Geschäftsbanken, gegebenenfalls auch eine stärkere Trennung von klassischem Kreditgeschäft und Investmentbanking; stärkere Regulierung von privaten Ratingagenturen und Einrichtung einer einheitlichen europäischen Ratingagentur, die durch Gemeinschaftsmitteln finanziert werden sollte (Arbeitskreis Europa 2010b);

- Reduzierung der Rolle von privaten Ratingagenturen und der bankinternen Risikomodellen bei der Eigenkapitalhinterlegung;
- Reduzierung der marktnahen Fair-Value-Bilanzierung;
- Begrenzung des Weiterverkaufs von Krediten (Verbriefungen) seitens der Geschäftsbanken;
- stärkere Regulierung von Derivatgeschäften und deren ausschließliche Abwicklung über zentrale Clearingstellen (Verringerung von Schaltergeschäften);
- ein europäisches Insolvenzrecht für Banken, das eine problemlose und ordnungsgemäße Auflösung insolventer Banken sichert;
- Errichtung eines Finanz-TÜVs, der den gesellschaftlichen Wert und die Risiken von neuen Finanzinstrumenten sowohl für die Banken als auch für die Anleger vor deren Einführung genau prüft und diese nur zulässt, wenn sie für die Gesellschaft einen Nutzen stiften (Dullien/Herr/Kellermann 2009, 2011);
- Einführung einer Finanztransaktionssteuer (Paul/Neumann 2011) sowie striktere, am längerfristigen Erfolg ausgerichtete Bonusregeln für (Bank-)Manager, was insbesondere kurzfristiges, destabilisierendes Gewinnstreben und Spekulation auf den internationalen Finanzmärkten unattraktiv macht und so die Schwankungen an den Finanzmärkten verringert.

Das in Deutschland traditionell dreigliedrige Bankensystem ist beizubehalten und zu fördern, da es sich (insbesondere dank des Sparkassen- und Genossenschaftssektors) in der Krise als Stabilitätsanker erwiesen hat. Gleichwohl sind die Landesbanken zu konsolidieren und neue, langfristig tragfähige Geschäftsmodelle zu entwickeln (Noack/Schrooten 2009). Eine wirkungsvolle Regulierung der Finanzmärkte ist zugleich eine zentrale Voraussetzung für eine wachstumsorientierte Geldpolitik. Ohne eine effektive Regulierung wäre diese in ihrem Bemühen, sowohl Preisstabilität als auch Finanzmarktstabilität alleine über die Zinspolitik zu gewährleisten, heillos überfordert. Mit einer effektiven Finanzmarktregulierung sollte sie jedoch den Spielraum nutzen und eine wachstumsförderliche Geldpolitik betreiben (Winkler 2008; Illing 2011).

5.2 Mit Bildungspolitik die Wachstumskräfte und die Teilhabechancen aller stärken

Soziales Wachstum ist angebotsseitig auf eine gute Aus- und Weiterbildung angewiesen. Bildung und Wissen erhöhen die Produktivität der Arbeitskräfte und tragen so entscheidend zu Wachstum und Wohlstand einer Volkswirtschaft bei (Prognos 2011a; Blossfeld et al. 2011). Bildung stellt ein öffentliches Gut und ein Lebenschancen gut dar, das aufgrund von Marktversagen allein über den Markt und über private Anbieter auf freien Märkten nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt wird. Nur durch staatliche Bildungspolitik können die für Wachstum und Beschäftigung notwendigen Bildungsinvestitionen befriedigend geleistet werden, ohne die soziale Ungleichheit zunimmt und der Zusammenhalt der Gesellschaft in Gefahr gerät. International vergleichende Studien zum Bildungsniveau zeigen, dass die deutschen Bildungsausgaben im OECD-Vergleich nur im Mittelfeld liegen und der Abstand zu den Spitzenreitern wächst. Ähnlich ungünstig sieht es mit Angeboten zum lebenslangen Lernen aus, deren Ausbau Voraussetzung für eine produktive Beschäftigung bis zum hohen/erhöhten Rentenalter ist. Daher gilt es, in Deutschland in Zukunft noch mehr in Aus- und Weiterbildung zu investieren, aber auch Strukturanpassungen im Bildungsbereich vorzunehmen (Borgwardt 2011; Wernstedt/John-Ohnesorg 2010; Autorengruppe Bildungsberichtserstattung 2010).

Bildungspolitisches Ziel muss ein sozial gerechtes und leistungsstarkes Bildungssystem von Frühkindlicher Erziehung bis zum lebenslangen Lernen sein. Dabei ist es nicht ausreichend, einzelne gute Schulen oder Universitäten zu haben – ein flächendeckendes Angebot in Städten und auf dem Land ist nötig. Denn nur ein breites öffentliches Angebot erreicht alle Kinder, Jugendliche, Auszubildende und Studentinnen und Studenten unabhängig vom Einkommen der Eltern. Nur so lässt sich die hohe Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft, die Zahl an Jugendlichen ohne Schulabschluss

oder auch die hohe Studienabbrecherquote senken. Dafür sind folgende Maßnahmen notwendig (Baumert 2010; John-Ohnesorg 2009; Wernstedt 2010):

- Die Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen (bei Schulen, Hochschulen, Forschung) ist neu zu definieren, um eine ausreichende finanzielle Grundlage für die anstehenden Aufgaben zu gewährleisten (Wieland/Dohmen 2011).
- Bildung muss auf allen Ebenen stärker individualisiert werden, da die Gruppe der sogenannten Risikoschüler nicht homogen ist. Dabei ist insbesondere auch auf eine stärkere Sprachförderung zu achten.
- Bildung muss früher ansetzen, da gerade die frühe Bildung und Förderung alle weiteren Lernphasen prägt. Daher ist die frühe Förderung, insbesondere der unter Dreijährigen weiter auszubauen; so sind mehr Betreuungsplätze in Kitas, Kindertagesstätten und Kindergärten bereitzustellen, die Öffnungs- und Betreuungszeiten (auch zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf) anzupassen und die pädagogischen Konzepte und Personalausstattung mit höher qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu verbessern.
- Das Schulsystem ist auf ein längeres gemeinsames Lernen (spätere Selektion) und inklusive Bildung sowie auf eine stärkere horizontale und vertikale Durchlässigkeit auszurichten; die Tendenz geht hier bundesweit zu einem zweigliedrigen Schulsystem.
- Die Zahl der Ganztagschulen, die nicht nur Betreuung, sondern inklusive Bildung und qualifizierten Nachmittagsunterricht anbieten, ist zu erhöhen und ihre Infrastruktur (Räume, Heizung, neue Medien, Kantinen etc.) weiter zu modernisieren. Sie sind in lokale Bildungsnetzwerke zu integrieren, um auch so individuelle Förderung umzusetzen.
- Ausbildungsplätze und berufliche Vollzeitschulen sind auszubauen, um dem Bedarf an Auszubildenden im dualen und im Schulberufssystem gerecht zu werden und dem drohenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Um die Zahl derjenigen, die die Mindestvoraussetzungen für das Erlernen eines zukunfts-

fähigen Berufs nicht erfüllen, zu verkleinern, sind möglichst früh einsetzende und nachhaltige Maßnahmen zu ergreifen, zum Beispiel eine Intensivierung der Förderung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

- Die Ausgaben für Bildung, Forschung und Wissenschaft sind insgesamt hierzu weiter zu erhöhen (Zielmarke: zehn Prozent des BIP).

Der technologische Wandel stellt in allen Bereichen höhere Qualifikationsanforderungen. Damit eng verbunden ist die Möglichkeit von Verdienstverbesserungen für den einzelnen Arbeitnehmer. Daher ist die Weiter- und Höherqualifizierung von Berufstätigen wie auch von Arbeitslosen mit geringer, mittlerer und hoher Qualifikation in allen Erwerbs- und Lebensphasen wichtig, auch um den drohenden Mangel an qualifizierten Fachkräften, aber auch dem höheren Renteneintrittsalter zu begegnen. Auch die aktive Arbeitsmarktpolitik sollte das Ziel der Weiter- und Höherqualifizierung fokussieren. Dabei sollte die Arbeitslosenversicherung zu einer Beschäftigtenversicherung weiterentwickelt werden (Schmid 2008). Die Urlaubs-, Freistellungs- und Rückkehrrechte für Beschäftigte in Weiterbildung sind zu verbessern und tarifliche, überbetriebliche Weiterbildungsfonds für kleine und mittlere Unternehmen zu unterstützen (Bosch 2010). Letztlich sollte jeder das Recht auf Weiterbildung und individuelle Förderung haben.

5.3 Mit Industrie- und Dienstleistungspolitik neue Wachstumsfelder erschließen

Wie jeder Wachstumsprozess ist auch Soziales Wachstum kein strukturbewahrendes Wachstum, sondern durch strukturellen Wandel gekennzeichnet. Um den Herausforderungen im Bereich des ökologischen Umbaus und der ökologischen Erneuerung von Wirtschaft und Gesellschaft (Klimawandel, Umweltzerstörung, Endlichkeit natürlicher Ressourcen) gerecht werden zu können, ist daher in Zukunft eine ökologische Industriepolitik notwendig, die Wachstumsfelder frühzeitig identifiziert und fördert, zugleich aber auch die soziale und ökologische Nachhaltigkeit nicht

aus dem Blick verliert (Schepelmann 2010). Die deutsche Umweltindustrie ist ein gutes Beispiel für erfolgreiche Industriepolitik (BMU 2009): Ohne politische Interventionen (Setzen von anspruchsvollen Umweltzielen und deren Übersetzung in Kennziffern und Grenzwerte für den Ressourcenverbrauch und deren permanente Fortschreibung in unterschiedlichen Bereichen der Produktion und des privaten Verbrauchs) wäre dieser wichtige Produktionszweig nicht entstanden (Fischedick/Bechberger 2009). Durch Ordnungsrecht, durch seine Einkaufs- und Marktmacht, durch seine Umwelt-, Forschungs-, Infrastruktur-, Steuer- und Konjunkturpolitik kann und sollte der Staat weiterhin aktiv gestalten und so als wichtiger Technologietreiber und Innovationsmotor fungieren und die Entwicklung und Markteinführung von innovativen und nachhaltigen Produkten durch wichtige ökonomische Investitionsanreize fördern (Meyer-Stamer 2009).

In Zukunft sollte daher im Bereich des Klima- und Umweltschutzes statt teurer direkter staatlicher Förderprogramme, deren Ergebnisse oftmals ungewiss sind, beispielsweise eine vollständige Einpreisung des Umweltverbrauchs durch den möglichst globalen Handel mit CO₂-Emissionsrechten verfolgt werden (Löschel 2009; Knopf et al. 2011). Denkbar wäre auch ein bundesweites Klimaschutzgesetz, welches in einem Umsetzungsplan konkrete Vorgaben für alle Gebietskörperschaften und Wirtschaftssektoren sowie Aktivitäten macht. Ziel ist es dabei, das Verhalten aller Wirtschaftssubjekte grundlegend zu ändern und alle Produktionsstrukturen und Wertschöpfungsketten zu ökologisieren. Mit klaren Energieeffizienzvorgaben und CO₂-Reduktionszielen können im Rahmen der öffentlichen Beschaffungsrichtlinien und Auftragsvergabe weiter wichtige Angebots- und Nachfrageimpulse gesetzt werden (Pfaller/Fink 2011).

Dabei sollte vor allem die lokale Ebene Priorität haben und dort sollten im Rahmen eines sozialen Dialogs Bedarfe ermittelt, Lösungsansätze erarbeitet und ausprobiert werden. Dies ermöglicht eine enge Einbindung und Vernetzung von Verbrauchern, Unternehmen, Wissenschaftlern, Politikern und der Verwaltung. Insgesamt können so staatliche Vorgaben im Bereich des Klima-

schutzes sowie des Ressourcen- und Energieverbrauchs dazu beitragen, die nationalen Klimaziele zu erreichen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen auf den grünen Zukunftsmärkten zu verbessern. Des Weiteren kann dieser Dialogprozess einen Beitrag leisten, die Gewinner und Verlierer des Modernisierungsprozesses miteinander zu versöhnen. Denn der Strukturbruch kann zu gesellschaftlich relevanten sozialen Härten führen, denen frühzeitig begegnet werden muss (Pfaller/Fink 2011; Bär et al. 2011).

Künftiges Wachstum wird im hohen Maße von der Entwicklung des Dienstleistungssektors abhängig sein. Deshalb muss eine moderne Industriepolitik die förderpolitische und finanzielle Diskriminierung von nicht-physischen Gütern beenden. Neben der Entwicklung wertschöpfungsintensiver industrienaher Dienstleistungen setzt Soziales Wachstum vor allem auf das Wachstum der hochwertigen sozialen Dienstleistungen. Hier weist Deutschland im internationalen Vergleich eine deutliche Beschäftigungslücke auf. Es sind die hochwertigen, sozialen und gesellschaftsorientierten Dienstleistungen (neben den unternehmensnahen Dienstleistungen), die in der EU-15 das größte Beschäftigungswachstum unter allen Dienstleistungen aufweisen. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung bestehen hier erhebliche Bedarfe (zum Beispiel in den Bereichen der Kranken- und Altenpflege, des Sozial- und Erziehungswesens) und insofern erhebliche Wachstums- und Beschäftigungspotenziale.

Die Nachfrage nach (sozialen) Dienstleistungen kommt infolge der sogenannten Baumol'schen Kostenkrankheit (Baumol 1967) auf freien Märkten oftmals zum Tragen. Private Unternehmen stellen daher oft kein ausreichendes Angebot bereit. Dieses Marktversagen kann jedoch durch eine intelligente Dienstleistungspolitik geheilt werden (Bienzeisler et al. 2011; Schettkat 2010). Darunter ist nicht eine *low-road*-Strategie der Dienstleistungsentwicklung zu verstehen, die über Kostensenkungen im Zuge eines Ausbaus des Niedriglohnsektors und einer stärkeren Lohn-differenzierung die Nachfragepotenziale zu erhöhen und eine weitere Expansion der Dienstleis-

tungen ermöglichen will. Diese Strategie führt letztlich nur zu niedrig bezahlten und prekären Arbeitsplätzen und damit auch zu einer schlechten Qualität der erbrachten Dienstleistungen und einer geringen Wertschätzung. Eine Expansion qualitativ hochwertiger sozialer Dienstleistungen ist, wie die skandinavischen Länder zeigen, auch bei schwächerer Lohndifferenzierung, höheren Löhnen und geringerer sozialer Ungleichheit möglich. Notwendig für eine solche *high-road*-Strategie ist jedoch eine aktivere Rolle des Staates als Finanzierer, Produzent und/oder Arbeitgeber in diesem Bereich. Gerade staatliche Finanzierungsmechanismen wie die Sozialversicherungssysteme können dazu beitragen, dass sich die Nachfrage nach (sozialen) Dienstleistungen überhaupt erst entwickelt, dass sie in angemessener Qualität befriedigt werden kann und dass alle Bürgerinnen und Bürger an ihnen teilhaben. Das skandinavische Beispiel zeigt in diesem Zusammenhang auch, dass eine hohe Staatsquote einer erfolgreichen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung nicht im Wege steht (Heintze 2011; Schettkat 2011).

Bildungs-, Familien- und Steuerpolitik müssen in Zukunft besser auf die Schaffung und Förderung von guter Arbeit mit guten Löhnen im sozialen Dienstleistungsbereich abgestimmt werden: In der Bildungspolitik ist auf eine stärkere Professionalisierung der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich durch Förderung und Etablierung von staatlich anerkannten Bildungs- und Berufsabschlüssen zu achten. Eine höhere Qualität kann die Akzeptanz und Zahlungsbereitschaft auf Seiten der potenziellen Nachfragerinnen und Nachfrager steigern. Die Familienpolitik kann die Erwerbstätigkeit von Frauen fördern und erhöhen und sowohl angebots- als auch nachfrageseitig neue Beschäftigungsmöglichkeiten im Bereich der sozialen Dienstleistungen schaffen (Luci 2011). Gerade die Integration von gut ausgebildeten und qualifizierten Frauen in den Arbeitsmarkt erhöht die Nachfrage nach und das Angebot an sozialen Dienstleistungen. Diese werden bisher oft von Frauen in Form von Heim- und Eigenarbeit ausgeführt. Der Fokus der Familienpolitik sollte in Zukunft weniger auf Transferleistungen wie Kindergeld und Erziehungsgeld, als vielmehr auf Sachleistungen wie dem Ausbau einer bedarfs-

gerechten und möglichst beitragsfreien Kinderbetreuung (Kinderkrippen, Kindertagesstätten für unter Dreijährige) liegen.

5.4 Mit Mindestlohn und Mitbestimmung die Stellung der Arbeitnehmer stärken

Soziales Wachstum erfordert eine Lohnpolitik, die die Teilhabe der Beschäftigten an der Wertschöpfung und damit eine hohe Massenkaukraft sicherstellt. Stagnierende Reallöhne und eine zunehmende Einkommensungleichheit sind nicht nur aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit abzulehnen, sondern tragen auch zu einer stagnierenden Binnennachfrage und in der Folge zu geringen gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten und zunehmenden außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten bei (Joebges 2010; Joebges et al. 2010). Die Lohnpolitik muss sich in Zukunft in Deutschland (wie auch in Europa und global) stärker am Konzept der produktivitätsorientierten Lohnpolitik (Nominallohnsteigerung im Umfang des längerfristigen gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritts plus Zielinflationsrate der Zentralbank) ausrichten. Nur so lässt sich die Binnennachfrage nachhaltig stärken und die Gefahr der Entstehung von Ungleichgewichten innerhalb der Europäischen Währungsunion verringern (Busch 2010; Busch/Hirschel 2011; Pusch 2011). Obwohl die Tarifautonomie dem Staat in Deutschland in der Lohnpolitik Grenzen setzt, kann er die Lohnentwicklung doch beeinflussen:

- Ein allgemeiner, flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn stärkt die Stellung jedes einzelnen Arbeitnehmers im Lohnfindungsprozess und trägt so dazu bei, ein Ausfransen der Lohnskala nach unten und die Entwicklung von Niedriglöhnen hin zu existenzgefährdenden Armutslöhnen zu verhindern (Bosch et al. 2009a; Bosch et al. 2009b). Er zwingt die Unternehmen zu einem Wettbewerb um mehr Produktivität und Innovation statt um niedrige Löhne. Ein gesetzlicher Mindestlohn von beispielsweise 8,50 Euro pro Stunde würde nicht nur die Einkommenssituation von fünf Millionen Menschen verbessern – die Erwerbseinkommen der privaten Haushalte würden um etwa 14,5 Milliarden Euro steigen. Er würde zugleich

den deutschen Staatshaushalt um etwa sieben Milliarden Euro entlasten (zum Beispiel durch weniger Aufstocker, mehr Steuereinnahmen) (Ehrentraut et al. 2011).

- Die staatliche Förderung von Mini- und Midi-Jobs ist zurückzunehmen, die allgemeine Sozialversicherungspflicht wieder einzuführen, um die in den zurückliegenden Jahren aufgetretenen Fehlentwicklungen am Arbeitsmarkt zu korrigieren.
- Die Mitbestimmung auf Betriebs- und Unternehmensebene ist auszuweiten und der Flächentarifvertrag durch Zwangsmitgliedschaft der Unternehmen in Unternehmerverbänden oder generelle Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Tarifabschlüssen zu stärken. So kann und muss der Staat wichtige Beiträge zur Stärkung der Gewerkschaften leisten, sodass diese bei Lohnverhandlungen den gesamtwirtschaftlichen Verteilungsspielraum ausschöpfen und gute Arbeitsbedingungen durchsetzen können (Hörisch 2010; Greifenstein 2011; Greifenstein/Weber 2009, 2008).
- Darüber hinaus kann und muss der Staat in Zukunft stärker als öffentlicher Arbeitgeber auftreten, nicht nur weil gerade im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen und der öffentlichen Daseinsvorsorge erhebliche Bedarfe und Defizite existieren, sondern auch weil der Staat als Arbeitgeber das Potenzial hat, Standards für gute und gut bezahlte Arbeitsplätze in einem wichtigen Teilsegment des Arbeitsmarktes zu setzen, wovon wichtige positive Signale und Wirkungen auf andere Arbeitsmarktsegmente ausgehen. Ähnliche positive Wirkungen lassen sich durch die Bindung öffentlicher Aufträge an die Erfüllung von Mindeststandards für gute Löhne und Arbeitsbedingungen erzielen.

5.5 Mit reformierter Steuerpolitik öffentliche Aufgaben gerecht und solide finanzieren

Das Konzept des Sozialen Wachstums geht davon aus, dass auf Staat und Gemeinwesen eine Vielzahl von qualitativ anspruchsvollen Aufgaben zukommt. Es gilt, durch staatliches Handeln Marktversagen in vielen Bereichen zu korrigieren

und so die Voraussetzungen für funktionierende gesamtwirtschaftliche Kreislaufzusammenhänge und für eine ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltige Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen. Um die Unterfinanzierung in wichtigen Politikbereichen wie beispielsweise im Sektor Bildung, in dem mindestens 25 Milliarden Euro fehlen, zu überwinden und die anstehenden Zukunftsinvestitionen vornehmen zu können, ist die öffentliche Hand mit ausreichenden Finanzmitteln auszustatten. Vor dem Hintergrund gegenwärtig hoher struktureller Haushaltsdefizite und einer hohen staatlichen Gesamtverschuldung ist eine Finanzierung dieser zusätzlichen Aufgaben über einen weiteren Anstieg der Staatsverschuldung nicht vertretbar. Vielmehr gilt es, die Staatshaushalte in Zukunft nachhaltig zu konsolidieren.

Wiewohl alle Leistungen des Staates immer einer kritischen Betrachtung und Überprüfung unterzogen werden müssen, sind die anstehenden Zukunftsinvestitionen und Finanzierungsprobleme des Staates nicht alleine durch Ausgabenkürzungen zu lösen. Die öffentlichen Investitionen sind in Deutschland zusammen mit der Steuerquote im internationalen Vergleich auf einen Tiefstwert gesunken. Eine verantwortungsvolle, zukunftsweisende und nachhaltige Strategie der öffentlichen Haushalte sollte daher die Einnahmenseite optimieren und die Finanzierungsbasis verbessern, also auch Steuererhöhungen in Teilbereichen anstreben. Dabei ist vor allem die Einnahmensituation auf der Ebene der Kommunen und der Länder zu verbessern, da gerade hier in Zukunft erhebliche öffentliche Investitionen getätigt und Güter der allgemeinen öffentlichen Daseinsvorsorge bereitgestellt werden müssen.

Im Rahmen der Steuerpolitik ist daher anzustreben, eine solidarische und sozial gerechte Beteiligung aller Teile und Einkommensgruppen der Gesellschaft an der Aufbringung der für die Politik notwendigen Staatseinnahmen zu erreichen (Corneo 2010). Neben Gerechtigkeitsüberlegungen (Grundprinzip: Besteuerung nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip) sollte bei Steuererhöhungen stets auch die Lenkungswirkungen (ökologische Erneuerung; Vermeidung von Finanzkrisen) beachtet werden. Aus Verteilungs- und Gerech-

tigkeitsüberlegungen, aber auch aus stabilisierungspolitischen Überlegungen heraus sollten in Zukunft vor allem die oberen Einkommensbezieher stärker steuerlich belastet werden. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Ungleichheit von Einkommen und Vermögen und der Tatsache, dass Vermögens- und Kapitaleinkommen in Deutschland im internationalen Vergleich kaum steuerlich belastet sind, sollte auch das Einkommen aus Geldvermögen wieder regulär und höher versteuert werden. Folgende Maßnahmen sind denkbar und angebracht (Mende et al. 2011):

- Erhöhung des Spitzensteuersatzes: Dies würde sich nachfrageseitig nicht schädlich auswirken, da die oberen Einkommensbezieher einen Großteil ihrer Einkommen sparen, nicht konsumieren. Die Anhebung des gesenkten Spitzensteuersatzes auf wieder 49 Prozent ab einem zu versteuernden Einkommen von 100.000 beziehungsweise 200.000 Euro würde ca. sieben Milliarden Euro pro Jahr einbringen. Darüber hinaus wäre auch noch für besonders hohe Einkommen ein „Balkon“ von weiteren drei Prozent über dem Spitzensteuersatz für Einkommen ab 250.000 beziehungsweise 500.000 Euro (Reichensteuer) denkbar, mit ausdrücklicher Anbindung an die Finanzierung der notwendigen Bildungsausgaben.
- Rücknahme der mit dem „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ beschlossenen Steuerprivilegien: Dadurch würde der Staatshaushalt 5,6 Milliarden Euro mehr einnehmen.
- Reform der Unternehmensbesteuerung: Die Rückführung der letzten Senkung der Körperschaftsteuer und eine höhere Besteuerung von Veräußerungsgewinnen könnte bis zu 40 Milliarden Euro einbringen. Steuerlich gefördert sollten dagegen Unternehmen werden, die in Sachkapital und in Forschung und Entwicklung (F&E), insbesondere in zukunftsrelevante Wirtschaftszweige und Leitmärkte investieren, beispielsweise durch die dauerhafte Einführung der degressiven Abschreibung in Höhe von 30 Prozent.
- Stärkung der Gewerbesteuer: Zur Verbesserung der Finanzlage der Städte, Gemeinden und Landkreise kann und sollte auch die Gewerbesteuer gestärkt werden, vor allem durch eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen im Zuge der Einbeziehung aller wirtschaftlich Tätigen, das heißt insbesondere auch der Selbstständigen und freien Berufe.
- Stärkung der Grundsteuer: Ähnliches gilt für die Grundsteuer, deren Bemessungsgrundlage modernisiert werden müsste.
- Anhebung der Kapitalertragssteuer: Diese sollte wieder erhöht werden, von heute 25 Prozent auf 29 Prozent (ohne Reichensteuer) beziehungsweise 32 Prozent (mit Reichensteuer), oder durch Wiedereinführung einer synthetischen Besteuerung ersetzt werden.
- Reform der Erbschaftsteuer: Durch eine Reform der Erbschaftssteuer, mit der die Steuerfreiheit kleiner und mittlerer Erbschaften und Schenkungen im Familienkreis steuerfrei blieben, aber hohe Vermögensübertragungen wieder angemessen besteuert würden, ließen sich bis zu fünf Milliarden Euro mobilisieren.
- Wiedereinführung der Vermögenssteuer: Allein dies könnte jährlich ca. 16 bis 20 Milliarden Euro einbringen und einen wichtigen Beitrag zur Verringerung der Ungleichheit von Einkommen und Vermögen bewirken (Schratzstaller 2011).
- Einführung einer Finanztransaktionssteuer: Auch dies wäre ein wichtiger Beitrag zur Verringerung der Ungleichheit von Einkommen und Vermögen – wie auch zur Beteiligung der Verursacher der Finanzkrise an den Krisenkosten – sowie zur Vermeidung zukünftiger Finanzkrisen. Auf europäischer Ebene eingeführt, könnte sie schon bei relativ gering angenommenen Steuersätzen (0,05 Prozent) Einnahmenverbesserungen von rund zwölf bis 20 Milliarden Euro pro Jahr bewirken (Paul/Neumann 2011).
- Das Ehegattensplitting sollte abgeschafft und eine Individualbesteuerung eingeführt werden (Färber et al. 2008).
- Stärkere Besteuerung von nicht-regenerativen Energien und Ressourcen sowie von Einträgen in die Umwelt (Ökosteuern): Hierdurch könnte die Finanzlage des Staates weiter gestärkt und

zugleich könnten weitere wichtige und sinnvolle ökologische Lenkungswirkungen erzielt werden (Pfaller 2010a).

- Steuerhinterziehung und internationalen Steueroasen sollten konsequent bekämpft sowie Steuerschlupflöcher geschlossen werden.

Die zusätzlichen Einnahmen aus diesen Maßnahmen würden es dem Staat erlauben, in Zukunft die für ein soziales Wachstum notwendigen Aufgaben und Ausgaben zu finanzieren und zu tätigen und die für eine nachhaltigere Wirtschaftsentwicklung notwendige Umverteilung von Einkommen und Vermögen zu erreichen. Die faire und transparente Besteuerung würde zudem dazu beitragen, die seit Jahren zu beobachtende Entfremdung zwischen Bürger und Staat zu stoppen, weil dank neuen Steuereinnahmen neben der sozialen Sicherung weitere hochwertige öffentliche soziale Dienstleistungen angeboten werden können, die allen Menschen eine bessere Teilhabe am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben ermöglichen.

Die Fähigkeit der Staaten, Steuern zu erheben, muss vor dem internationalen Wettbewerb geschützt werden. Dies gilt insbesondere für die Unternehmensbesteuerung in Europa. Um den derzeitigen Wettbewerb um die niedrigsten Unternehmenssteuern einzuschränken und damit die staatliche Handlungsfähigkeit hinsichtlich Steuereinnahmen, Steuerstruktur und Auswirkungen auf andere Steuerarten sicherzustellen, sollte man sich in Europa auf Rahmenregelungen für die einheitliche Gestaltung der Unternehmensbesteuerung einigen. Notwendig ist hierbei die Einführung einer obligatorischen EU-weiten konsolidierten Bemessungsgrundlage und eines Mindeststeuersatzes (Uhl/Rixen 2007; Rixen/Uhl 2011).

5.6 Mit antizyklischer Fiskalpolitik Konjunktur und Verschuldung stabilisieren

In der Krise ist es den Staaten mit antizyklischer Fiskalpolitik gelungen, den Wirtschaftsabschwung zu begrenzen und die Weltwirtschaft rasch wieder auf einen Wachstumspfad zurückzuführen. Dabei

war Konjunkturpolitik lange Zeit verpönt, weil man unterstellte, sie sei ineffektiv, treibe nur die Staats- und Verschuldungsquote hoch und lasse damit künftigen Generationen einen höheren Schuldenberg zurück. Tatsächlich war antizyklische Fiskalpolitik in der Vergangenheit durchaus erfolgreich, sowohl in Deutschland, aber mehr noch in anderen Volkswirtschaften. Eine erfolgreiche Konjunkturpolitik muss keine dauerhafte Verschuldung hinterlassen, wenn die in einem auf jeden Abschwung folgenden Boom auftretenden Überschüsse zur Schuldentilgung verwendet werden. Antizyklische Politik stabilisiert nicht nur die kurzfristige konjunkturelle Entwicklung, sondern stärkt auch das längerfristige Wirtschaftswachstum einer Volkswirtschaft dadurch, dass stark konjunkturereagible Unternehmensausgaben wie F&E-Investitionen in der Krise nicht einbrechen und weiterhin in Kapital und Wissen und somit in das Wachstumspotenzial der Volkswirtschaft investiert wird. Ein möglichst langer Wachstumsaufschwung ermöglicht prekär Beschäftigten und Langzeitarbeitslosen einen Einstieg in „normale“ Arbeitsverhältnisse.

Die längerfristigen Erfahrungen in Deutschland wie auch die jüngsten Erfahrungen in der Eurozone zeigen klar, dass sich Staatsschulden nicht durch zwanghaftes Sparen in der Krise, sondern nur durch einen möglichst lange anhaltenden Wachstumsprozess nach Überwindung der Krise reduzieren lassen. Defizite über sinkende Ausgaben und höhere Einnahmen inmitten einer Krise zu senken, führt nicht zum Ziel, sondern verlängert nur die Konjunkturflaute und ist am Ende kontraproduktiv. Auch Strukturreformen auf dem Arbeitsmarkt dämpfen ohne angemessenes makroökonomisches Umfeld den Konsum und damit das Wachstum. Auch hier ist daher eine antizyklische Politik, die zu einem möglichst langen Wachstumsaufschwung beiträgt, als flankierende Maßnahme gefordert (Dauderstädt 2007; Lenz 2011; Heise/Lierse 2011).

Antizyklische Politik gehört also in den Werkzeugkasten jeder auf Stabilität abzielenden Wirtschaftspolitik. Sie sollte dabei nicht nur diskretionär betrieben werden, sondern es sollten automatische Stabilisatoren in das Wirtschafts-

system (zum Beispiel im Steuer- und Sozialsystem) eingebaut und diese auch nicht geschwächt werden, zum Beispiel durch die Reduzierung von Sozialabgaben im Aufschwung, die dann im nächsten Abschwung wieder zurückgenommen werden muss. Vor diesem Hintergrund ist auch die neue Schuldenbremse kritisch zu hinterfragen. Mit ihr droht das Ausbleiben wichtiger Zukunftsinvestitionen im Rahmen einer prozyklischen Haushaltspolitik.

Das Staatsdefizit kann von Haushaltspolitik letztlich nicht maßgeblich beeinflusst werden, da es sich aus der wirtschaftlichen Entwicklung und dem Zusammenspiel der drei Sektoren private Unternehmen, Haushalten und Ausland ergibt. Daher wäre es aus wachstums- und stabilitäts-politischer Sicht besser, die Finanzpolitik statt an Defizitziele an einem längerfristigen Ausgabenpfad zu orientieren. Während die konjunkturbe- dingten Ein- und Ausgabenschwankungen des Staates also hingenommen und damit deren stabilisierende Wirkung genutzt werden, würde die Politik nur die mit dem langfristigen Wachstumstrend kompatible Staatsausgabenentwicklung vorgeben. Entsprechend könnten dann auch ausreichende Investitionen in Bildung und Infra- struktur geplant werden und der sich ergebende Gesamtsaldo wäre kein Grund, von diesem Pfad nach unten oder oben abzuweichen. Die Orien- tierung der Finanzpolitik an einem längerfristi- gen Ausgabenpfad würde nicht nur prozyklische Einflüsse verhindern und damit die Konjunktur und den längerfristigen Wachstumspfad stabili- sieren, sondern auch die Staatsschuldenquote. Genau darauf kommt es bei der Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen beziehungsweise bei der Staats- verschuldung an (und nicht auf einen absoluten Schuldenabbau) (Vesper 2008, 2011; von der Vring 2010; Fischer et al. 2010).

5.7 Mit einer robusten öffentlichen Finanzarchitektur die Wachstumskräfte in Europa stärken

Wie die Krise deutlich gemacht hat stellen sich in der Eurozone bei der Finanzierung des Staates, aber auch allgemeiner bei der Kapitalversorgung der Mitgliedsökonomien besondere Probleme.

Die Staaten müssen einerseits zur Finanzierung öffentlicher Investitionen und im Zuge einer anti-zyklischen Fiskalpolitik Kredite aufnehmen können. Andererseits sind sie aber auch die Garanten ihrer jeweiligen nationalen Bankensysteme, obwohl diese eng in den einheitlichen europäischen Kapitalmarkt integriert sind – was sich in der Krise als besondere Belastung und Hauptgrund für die stark angestiegene Verschuldung erwiesen hat. Zwar wird eine bessere Bankenregulierung (siehe 5.1) diese Risiken senken, aber letztlich sind weiter Garantien und die Bereitstellung von Liquidität erforderlich.

Ein nachhaltiges und soziales Wachstum in Europa muss die Kreditversorgung auf eine stabile, von irrationalen Marktströmungen unabhängige Grundlage stellen. Dazu sind europäische Institutionen notwendig, die die Liquidität von Staaten und (zumindest von systemisch wichtigen) Banken sicherstellen. Hierfür müssen diese Institutionen über marktunabhängige Kapitalressourcen und über klare Überwachungs- und Regulierungskompetenzen verfügen. Letztlich muss die Europäische Zentralbank mit ihren prinzipiell unbeschränkten Geld- und Kreditschöpfungsmöglichkeiten der Garant des Gesamtsystems sein. Hier sind auch Statutenänderungen denkbar, um Beschränkungen aufzuheben, die einer überholten geldpolitischen Philosophie geschuldet sind, die de facto auch schon in der Krise (durch Ankauf von Staatspapieren etc.) überwunden wurde. Ein klares Signal an die Märkte, dass eine Spekulation gegen wichtige Institutionen der Eurozone immer mit dem Widerstand auch der Zentralbank rechnen muss, würde das Risiko solchen Marktverhaltens massiv reduzieren (Dauderstädt 2011d und 2011e; Schreyer 2011).

Die zweite wichtige Sicherung dieser Institutionen der europäischen Kapitalversorgung sind solidarische Garantien aller Mitgliedstaaten, zunächst innerhalb der Eurozone. Ein zentrales Instrument könnte ein Europäischer Währungsfonds sein, der Gemeinschaftsanleihen (Eurobonds) ausgibt, die gemeinsam von den Mitgliedstaaten der Eurozone garantiert und zu einem einheitlichen und damit niedrigen Zinssatz emittiert würden. Um das Problem des *moral hazard* zu vermeiden, sollte eine Verschuldung in

Eurobonds jedoch nur bis zu einer Höhe von maximal 60 Prozent des BIP möglich sein (*blue bonds*). Die Kreditaufnahme über diese Grenze hinaus (*red bonds*) bliebe in der rein nationalen Verantwortung des jeweiligen Staates und wäre im Falle mangelnder fiskalischer Disziplin und Glaubwürdigkeit entsprechend teuer. Zentraler Gedanke der *blue bonds* und *red bonds* ist demnach die gesamteuropäische Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten, die jedoch das einzelne Land nicht aus seiner jeweils spezifischen Verantwortung entlässt (Delpla/von Weizsäcker 2011; Deubner 2010).

Bei der Kreditallokation in Europa ist den ärmeren Regionen eine Präferenz einzuräumen. Da dort der Kapitalstock noch wachsen muss (und tendenziell eine höhere Grenzproduktivität zu erwarten ist), haben Investitionen in der Peripherie den größeren volkswirtschaftlichen Nutzen. Dringendste Aufgabe ist es kurzfristig, die Krisenstaaten auf einen Wachstumskurs zurückzuführen. Hierbei kann ein Krisenfonds behilflich sein, der Investitionen in Sachkapital, Innovationen und Bildung finanziert und der durch eine zweckgebundene Solidaritäts- beziehungsweise Vermögensabgabe in den Euroländern gedeckt werden könnte (Hacker 2011a). Eine solche Abgabe ist gerechtfertigt, weil sich in der Vergangenheit gezeigt hat, dass die Vermögenswerte durch die Staatsintervention vor der schnellen Entwertung in der Krise bewahrt wurden – und zukünftig langfristig nur in einem Wachstumsprozess ihren Wert behalten können. Dieser europäische Investitionsfonds sollte eng verknüpft sein mit einer neu ausgerichteten Wachstumsstrategie für die EU. In Ablösung der auf einen gegenseitigen Unterbietungswettbewerb der Mitgliedstaaten setzenden Lissabon- und Europa-2020-Strategie, ist ein wirtschaftlich starker, sozial gerechter und ökologisch nachhaltiger *policy mix* zu ermöglichen, der die Steigerung der Lebensqualität in den Mittelpunkt rückt (Arbeitskreis Europa 2010a; Collignon 2008; Kellermann et al. 2009).

Auf lange Sicht ist aber mehr erforderlich als nur korrigierende Maßnahmen zur Reduzierung des Wettbewerbsdrucks. Der bislang dominierende „souveränitätsschonende“ und die konstitutionellen Realitäten als gegeben annehmende

Ansatz gelangt zwangsläufig an seine Grenzen, wenn mehr als eine Korrektur der aktuellen Verhältnisse stattfinden soll. Gefordert ist vielmehr eine aktive und gestaltende Europapolitik. Unabdingbar ist daher, der EU langfristig eine eigene Besteuerungskompetenz zu ermöglichen und die Mittel des gemeinsamen Budgets über erweiterte beziehungsweise neu zu schaffende Regional-, Struktur- und andere Investitionsfonds für die Absicherung sich angleichender Wirtschafts-, Arbeits- und Lebensbedingungen zu verwenden.

Weitergehende Vorschläge, wie die Ermöglichung von Finanztransfers zwischen den Mitgliedstaaten oder die Einrichtung einer gemeinsamen europäischen Arbeitslosenversicherung zum Ausgleich regionaler *boom-bust*-Zyklen, erfordern die Etablierung einer Solidaritätskultur innerhalb der EU. Künftig wird mehr erforderlich sein, um zu verhindern, dass dauerhaft einige Staaten stark vom Integrationsprozess profitieren, andere von der Entwicklung aber abgehängt werden. Mögliche Instrumente reichen von einem Euro-Solidaritätsbeitrag bis hin zu einem institutionalisierten europäischen Länderfinanzausgleich. Ziel dessen wäre nicht eine Angleichung der Wirtschafts- und Produktionsstrukturen, sondern eine Politik des sozialen Wachstums, angepasst an den jeweiligen länderspezifischen Kontext. Die Einzelstaaten der EU werden sich dabei nicht auflösen und ihre komparativen volkswirtschaftlichen Vorteile werden nicht eingegeben werden. In einem künftig stärker föderalen und vom europäischen Staatenverbund zum Bundesstaat Europa zu entwickelnden Gebilde muss die Gleichheit der Lebensverhältnisse das langfristige Ziel sein.

5.8 Mit wirtschaftspolitischer Koordinierung für mehr Stabilität in der Eurozone sorgen

Das zentrale Krisenproblem in Europa lässt sich nur durch eine Verringerung der Leistungsbilanzungleichgewichte nachhaltig lösen (Münchau 2010; Spahn 2010). Eine Strategie der Haushaltskonsolidierung oder Lohnzurückhaltung allein in den Defizitländern mit dem Ziel von Wettbe-

werbssteigerungen und der Erzielung von Haushalts- und Exportüberschüssen wird dagegen nicht zum Erfolg führen, da dies die gesamtwirtschaftliche Nachfrage dämpfen und die Verschuldung in den Krisenländern weiter erhöhen wird. Im Gegenteil haben jene Länder, die dieser Strategie gefolgt sind, eine erhebliche Mitverantwortung am Ausbruch der Krise in der Eurozone (Dullien 2010b). Für die Überwindung der aktuellen Krisenphänomene, für die Vermeidung von makroökonomischen Ungleichgewichten und für ein soziales Wachstum in Deutschland und Europa müssen vielmehr in Zukunft die privaten und öffentlichen Verschuldungsprozesse sowie die dahinterstehenden makroökonomischen Fehlentwicklungen möglichst frühzeitig verhindert beziehungsweise korrigiert werden. Dazu sind weitere politische Integrations Schritte notwendig, allen voran eine stärkere europäische Koordinierung und Kontrolle der nationalen Wirtschafts-, Finanz-, Lohn-, Steuer- und Sozialpolitiken (einschließlich des Setzens einheitlicher Rahmenvorgaben und sozialer Mindeststandards). Dies sind Maßnahmen, die über eine einseitige Orientierung an staatlichen Verschuldungskriterien weit hinausgehen (Hacker/van Treeck 2010; Arbeitskreis Europa 2010b; Heise/Heise 2010; Hacker 2011b).

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist daher zu einem außenwirtschaftlichen Stabilitätspakt weiterzuentwickeln, also um das Ziel des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts und damit um die Verschuldungssituation der privaten Haushalte und Unternehmen eines Landes zu erweitern. Bei Leistungsbilanzsalden von mehr als drei Prozent des BIP sollten automatisch Sanktionsmaßnahmen greifen, wobei die dann notwendigen Anpassungsmaßnahmen einem symmetrischen Ansatz folgen sollten, das heißt sowohl Überschuss- als auch Defizitländer sollten in die Pflicht genommen werden, um die Leistungsbilanzungleichgewichte abzubauen (Dullien 2010b).

Neben der Finanz- und Steuerpolitik stellt auch die Lohn- und Sozialpolitik einen wichtigen Teil eines *policy mixes* dar, um die makroökonomischen Ungleichgewichte in Europa zu korrigieren (Fischer et al. 2010; Joebges 2010). Um die Kaufkraft der Arbeitnehmer zu stärken und so zu einem sozialen Wachstum in Europa beizutragen, müssen sich die Nominallohnzuwächse in den Mitgliedstaaten in Zukunft stärker an der langfristigen gesamtwirtschaftlichen Produktivitätswachstumsrate plus Zielinflationsrate der Zentralbank orientieren, um preisbedingte Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Dies impliziert bei der Lohnstückkostenentwicklung je nach Situation nicht nur Anpassungen nach unten (in den Ländern mit Leistungsbilanzdefiziten), sondern auch nach oben (in den Ländern mit Leistungsbilanzüberschüssen). Die Lohnpolitik müsste dazu stärker koordiniert und die bestehenden nationalen Lohnverhandlungsnetzwerke müssten zu transnationalen Lohnverhandlungsnetzwerken ausgeweitet werden (Pusch 2011; Busch 2010). An einer stärkeren institutionellen und organisatorischen Europäisierung von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden geht daher kein Weg vorbei (Platzer 2010; Busemeyer et al. 2007).

Als Forum zur stärkeren Koordinierung der divergierenden Lohnpolitiken könnte beispielsweise die Wiederbelebung des Makroökonomischen Dialogs (MED) als gemeinsames Gremium des Europäischen Rates, der Europäischen Kommission, der EZB und der Sozialpartner dienen. Dabei muss stets klar sein, dass im europäischen „System von Wettbewerbsstaaten“ (Busch 2009) eine Politik, die im Namen der preislichen Wettbewerbsfähigkeit zu gegenseitigen Unterbietungsprozessen bei Löhnen, Steuern und Sozialabgaben führt, keine nachhaltige Wachstums- und Wohlstandsstrategie bietet. Sie steigert nicht die Lebensqualität der Menschen, sondern fördert nur die Umverteilung der Einkommen und Vermögen von unten nach oben und erhöht so die Gefahren einer Deflation (Arbeitskreis Europa 2010a; Evans/Coats 2011).

5.9 Mit europäischen und globalen Standards Gute Arbeit für alle sichern

Soziales Wachstum impliziert „Gute Arbeit für alle“. Dieser Anspruch muss nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa und auch auf globaler Ebene verfolgt und durchgesetzt werden. Auf europäischer Ebene steht diesem Ziel die bewusste Schaffung eines Systems von Wettbewerbsstaaten entgegen (Busch/Hirschel 2011). In einem Regime vergemeinschafteter Geld-, jedoch weitgehend national determinierter Fiskalpolitik konkurrieren die Mitgliedstaaten um Kapitalinvestitionen, Produktionsstandorte und Arbeitsplätze. Dazu werden niedrige Löhne, Sozialstandards, Sozialbeiträge und steuerliche Belastungen als Wettbewerbsvorteile genutzt, was dem Ziel „guter Arbeit für alle“ zuwiderläuft. Anstatt wie bisher die Höhe der Steuer- und Sozialabgaben sowie das Lohnniveau als Manövriermasse in einem System von Wettbewerbsstaaten zu nutzen, ist es in Zukunft notwendig, Mechanismen einzuführen, mit denen der soziale Zusammenhalt in Europa wieder ins Zentrum europäischer Koordinierungsbestrebungen gerückt wird (Hacker/van Treeck 2010).

Um die innereuropäische Konkurrenz um Investitionen, Arbeitsplätze und Produktionsstandorte zu regulieren, sollte ein „Sozialer Stabilitätspakt“ die wettbewerbsgetriebene Harmonisierung ablösen. Er würde einen Korridor definieren, der verhindert dass Löhne und Sozialleistungen vom allgemeinen Wachstum abgekoppelt werden. Dieses Korridormodell würden beispielsweise gesetzliche Mindestlöhne je nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit (ausgedrückt in einem bestimmten Prozentsatz des nationalen Durchschnittseinkommens) zur Verhinderung zunehmender Lohnspreizung und der Ausweitung des Niedriglohnssektors einführen. Die Löhne in allen EU-Staaten sollten wenigstens einen Mindestlebensstandard sichern (Zitzler 2006).

Die staatlichen Sozialausgaben der Mitgliedstaaten sollten an die Entwicklung des jeweiligen nationalen Pro-Kopf-Einkommens gebunden und Bandbreiten festgelegt werden, innerhalb derer die Gesamtaufwendungen für Alter, Gesundheit,

Erwerbsunfähigkeit, Arbeitslosigkeit unter anderem je nach wirtschaftlichem Entwicklungsgrad schwanken dürfen. Dieser Koordinierungsmechanismus würde sicherstellen, dass die zurzeit noch enge Beziehung zwischen ökonomischem und sozialem Fortschritt in der EU aufrechterhalten bleibt aber gefährliche Sozialdumpingprozesse, mit denen sich einzelne Länder Wettbewerbsvorteile verschaffen wollen, unterbleiben. Ziel aller Staaten muss es sein, eine hohe wirtschaftliche Produktivität mit einer hohen Sozialleistungsquote zu kombinieren (Busch 2011). Auch Bildungsausgaben wären in ein so konzipiertes Korridormodell beziehungsweise in einen solchen Sozialen Stabilitätspakt zu integrieren. Wie auch beim Außenwirtschaftlichen Stabilitätspakt geht es letztlich bei all dem um eine intelligente Balance zwischen dezentral abgestimmten und ausgeführten Politiken einerseits und einer zentralen europäischen Rahmenvorgabe andererseits. Dies könnte durch eine neu gestaltete Offene Methode der Koordinierung im Rahmen der Europa-2020-Strategie erreicht werden (Hacker 2009; Arbeitskreis Europa 2010b).

Auch auf globaler Ebene stellt „gute Arbeit für alle“ eine zentrale Voraussetzung für soziales Wachstum dar. Dazu sind internationale Standards zu setzen, die den Menschen in den weniger entwickelten Ländern eine rasche Verbesserung ihrer Einkommensverhältnisse ermöglichen, den Trend zur Einkommensspreizung und dramatisch wachsender Ungleichverteilung des gesellschaftlichen Reichtums umkehren sowie insgesamt weltweit einen hohen Beschäftigungsstand mit menschenwürdigen Arbeitsplätzen herbeiführen. Dazu ist in den Entwicklungsländern ein Ausbau der Sozialsysteme unumgänglich (Razavi 2011). Gerade die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise zeigt, dass grundlegende soziale Sicherungssysteme auch in Entwicklungsländern wichtig sind, weil sie die ökonomischen Instabilitäten überstehen. Der weitere Aufbau solcher Strukturen und die Unterstützung entsprechende Initiativen wie die der Internationalen Arbeitsorganisation ILO (*social protection floor*) sollte in den kommenden Jahren an Bedeutung gewinnen (Cichon et al. 2011).

5.10 Mit einer neuen Wirtschafts- und Währungsordnung die Globalisierung steuern

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Einsicht mit sich gebracht, dass es nicht nur auf europäischer Ebene, sondern auch auf globaler Ebene einer engeren wirtschaftspolitischen Koordinierung und Kooperation zwischen den Staaten bedarf. Während der Finanzkrise konnte man in Ansätzen erste Elemente einer derartigen Zusammenarbeit, die in ihrer Form und Intensität neu und in ihren Ergebnissen durchaus erfolgreich war, beobachten. So haben die wichtigsten Staaten zeitgleich antizyklische Fiskalpolitiken verabredet und umgesetzt. Zugleich hat es international überwachte Absprachen gegeben, auf protektionistische Maßnahmen zu verzichten. Auch die Zusammenarbeit der Zentralbanken im Rahmen der expansiven geldpolitischen Maßnahmen während der Krise verzeichnete einen durchaus großen Erfolg. All diese Maßnahmen konnten zwar den scharfen Wachstumseinbruch im Jahr 2009 nicht verhindern – Dank ihnen setzte die weltwirtschaftliche Erholung jedoch vergleichsweise rasch wieder ein. Insgesamt war also das Krisenmanagement der Staaten eine ermutigende Erfahrung.

Solche Abstimmung der internationalen Geld- und Fiskalpolitiken darf nicht nur auf die Zeit der Krisenbekämpfung beschränkt bleiben. Vielmehr muss das gemeinsame makroökonomische Kooperieren und Handeln auch in Zukunft fortgesetzt und am besten auch strukturell und institutionell verankert werden, gerade auch um neue Krisen zu verhindern und ein soziales Wachstum auf globaler Ebene zu gewährleisten. Nur durch die außenwirtschaftliche Absicherung, also die gemeinsame Lösung globaler Probleme auf globaler Ebene, kann eine nationale Strategie des sozialen Wachstums in Deutschland erfolgreich sein. Gemeinsames Ziel muss es sein, ein stabiles, das heißt von periodischen oder zyklischen Finanz- und Wirtschaftskrisen weitgehend freies und angemessenes Wachstum der Weltwirtschaft zu fördern.

Es gilt, das Problem der globalen Ungleichgewichte, das wesentlich zur Wirtschafts- und Finanzkrise beigetragen hat, zu lösen. Ziel muss es sein, zu symmetrischen Anpassungen der Leistungsbilanzsalden sowohl in den Defizit- als auch in den Überschussländern zu kommen (Priewe 2011). Nur so können die massiven strukturellen Ungleichgewichte und der damit einhergehende deflatorische Bias in der Weltwirtschaft ohne größere Gefahren verringert werden. Flankiert werden sollte dies durch eine Verbesserung der Koordination und Überwachung der makroökonomischen Politiken in allen Ländern. Die Reformen müssen dahingehend wirken, dass sich alle Länder verpflichten, nicht nur das eigene Haus in Ordnung zu halten, sondern auch die globale ökonomische und finanzielle Stabilität im Auge zu behalten. Dazu sollten Frühwarnsysteme für kritische Prüfungen entwickelt werden (zum Beispiel Staatsverschuldung, Leistungsbilanz, Währungsreserven, Stabilität des Finanzsystems etc.). Für den Fall, dass ein Land seinen Verpflichtungen oder den notwendigen Anpassungsmaßnahmen nicht nachkommt, sollten Sanktionen greifen.

Längerfristig sollte ein allmählicher Übergang weg von einer rein nationalen Währung (dem US-Dollar) als Weltreservewährung hin zu einer wahrhaftig globalen Währung und einem *reserve asset* des internationalen Geldsystems eingeleitet werden. Hierbei können die bereits existierenden Sonderziehungsrechte des IWF (Special Drawing Rights/SDRs) eine zentrale Rolle einnehmen. Als ein nicht an eine nationale Volkswirtschaft gebundenes Währungs- und Zahlungsinstrument könnten die SDR in einen stabilen Rahmen verankert und nach klaren Regeln zugeteilt bzw. ausgegeben werden. Das Angebot sollte ausreichend und flexibel genug sein, um zeitnahe Anpassungen entsprechend der sich verändernden Liquiditätsnachfrage zu erlauben. Solche Anpassungen könnten von den souveränen Interessen und der makroökonomischen Politik des dominanten Leitwährungslandes unabhängig sein. Ein erster wichtiger Schritt wäre, den Anteil der SDRs als Weltreservewährung innerhalb des Dollar-basierten Reservesystems weiter zu steigern.

Dem IWF kommen bei alledem ebenfalls größere Aufgaben zu. Die wirtschaftliche und finanzielle Interdependenz zwischen den Ländern ist im Zuge der Globalisierung weit fortgeschritten. Es fehlt jedoch eine Instanz, die dafür zuständig ist und die Verantwortung trägt, dass wichtige wirtschafts- und finanzpolitische Entscheidungen, die auf nationaler Ebene getroffen werden, wechselseitig konsistent sind und zu globaler Stabilität beitragen. Diese zentrale Aufgabe könnte und sollte in Zukunft ein reformierter IWF leisten. Eine derartige institutionelle Verankerung wäre weitaus besser als die gegenwärtige Abstimmung über informelle *ad hoc arrangements* (G7/8, G20). Der IWF sollte in Richtung einer internationalen Zentralbank und damit in Richtung eines globalen *lenders of last resort* ausgebaut werden, der die SDRs als sein eigenes Geld schafft, als Weltreservewährung ausgibt und antizyklisch verwaltet. Durch die Möglichkeit, unbegrenzte, sowohl konditionierte als auch unkonditionierte

Liquiditätshilfen zu gewähren, wäre mit dem so reformierten IWF auf globaler Ebene eine (günstigere) kollektive Versicherung gegen Krisen geschaffen. Das könnte insbesondere die Entwicklungsländer davon abhalten, einen Selbstschutz in Form der Akkumulation von Währungsreserven und damit anderer Liquiditätsformen gegen potenzielle Zahlungsbilanzkrisen aufzubauen (Kellermann 2009).

Der Reform und dem Funktionieren des internationalen Währungssystems muss also in Zukunft mehr politische Aufmerksamkeit gewidmet werden. Allen Beteiligten muss klar sein, dass die Lösung nur in umfangreicherer und besserer Zusammenarbeit zwischen den Nationen bestehen kann und dass dies auch ein neues – aufgeklärtes – Verständnis nationaler Interessen verlangt. Kooperative Ansätze in der Weltwirtschaftspolitik werden daher in Zukunft unumgänglich sein.

6. Epilog

Mit der weltweiten Finanzmarktkrise schien mit Blick auf das seit über dreißig Jahren vorherrschende marktliberale Leitbild auch eine diskursive Wende eingeleitet. Das Versprechen eines Wohlstandes für alle, geschaffen durch das freie Spiel der Marktkräfte, durch die Trias aus Deregulierung, Privatisierung und Liberalisierung, schien nicht mehr haltbar zu sein; der *trickle down*-Effekt des Washington Consensus hat nur für wenige funktioniert. Stattdessen hat sich die Schere zwischen arm und reich in fast allen Ländern weiter geöffnet: Einer privilegierten Wirtschaftselite steht die Vielzahl von Globalisierungsverlierern gegenüber. Das offensichtlich gewordene Versagen der „unsichtbaren Hand“ eröffnete die Chance auf einen alternativen Weg, der das scheinbar alternativlose wirtschaftsliberale Vertrauen in Marktmechanismen durch den Aufbau politischer Handlungs- und Steuerungskapazitäten ersetzt.

In der Tat eroberte die Politik ihr Primat über den Markt in der ersten Phase der Krise zurück. Der Staat sprang als Helfer in der Not ein, schmiedete Konjunkturprogramme, rettete wankende Bankinstitute und stützte den Arbeitsmarkt. Allerdings schuf die damit einhergehende Staatsverschuldung zugleich neue Krisenphänomene. Diese ermöglichten den Vertretern des liberalen Wirtschaftskurses in der zweiten Phase der Krise ihre alte Agenda nachdrücklich mit dem Hinweis auf Sachzwänge und der Behauptung der Alternativlosigkeit durchzusetzen. Prozyklische Fiskalpolitiken, Budgetkonsolidierung, Austerität, das Zurückschneiden des Wohlfahrtsstaats finden am Ausgang der Krise höhere Zustimmung im politi-

schen Diskurs als vor ihrem Beginn. Zugleich ist die strengere Regulierung der Finanzmärkte ebenso Absichtserklärung geblieben wie eine verstärkte internationale wirtschaftspolitische Kooperation und Koordination.

Was wird geschehen, wenn politische Akteurinnen und Akteure nicht die Kernelemente des Sozialen Wachstums, wie oben geschildert, aufgreifen, wenn die Gelegenheit zu einer Neuformierung wirtschaftspolitischer Überzeugungen nicht wahrgenommen wird? Die globale Krise führt uns die hohen Kosten eines Verbleibs auf marktradikalen Entwicklungspfaden vor Augen: Wachstumseinbrüche, Wirtschaftsflauten, hartnäckige und steigende Arbeitslosigkeit in vielen Ländern, Kreditklemmen, Schuldenberge, politische Machtlosigkeit, wachsende soziale Ausgrenzung, gesellschaftliche Spaltung. Die Dauerhaftigkeit der Krisenszenarien und die Schwere ihrer Folgen lassen selbst im Lager der Verfechter bürgerlicher Marktideologien erstmals grundsätzliche Fragen nach der Richtigkeit der über drei Jahrzehnte lang vertretenen Prämissen der Steigerung individueller Marktabhängigkeit bei Zurückdrängung staatlicher Regulierungskompetenzen erkennen.

Das Zeitfenster, das die Gelegenheit zur Ablösung des marktradikalen Denkmodells bietet, hat sich schon wieder halb geschlossen. Es besteht aber immer noch die Chance für die Einleitung eines diskursiven Wandels durch Vermittlung eines neuen, fortschrittlichen wirtschaftspolitischen Leitbilds. Diese Chance gilt es zu ergreifen!

Literaturverzeichnis

- Arbeitskreis Europa 2010a: Weichenstellung für eine nachhaltige europäische Wohlstandsstrategie, Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, Berlin.
- 2010b: Die Zukunft der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, Berlin.
- 2009: Finanzmärkte zivilisieren! 12 Vorschläge zur Regulierung der europäischen Finanzmarktarchitektur, Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, Berlin.
- Artus, Patrick 2010: Die deutsche Wirtschaftspolitik: ein Problem für Europa? WISO direkt, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010: Bildung in Deutschland 2010: Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel, Bielefeld.
- Bär, Holger; Jacob, Klaus; Schlegelmilch, Klaus; Meyer, Eike 2011: Wege zum Abbau ökologisch schädlicher Subventionen, WISO Diskurs, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Bartsch, Klaus; Leithäuser, Gerhard; Temps, Claudia 2009a: Szenarioanalyse zur Zukunft des sozialen Deutschland, WISO Diskurs, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- 2009b: Zukunft 2020 – ein Modell für ein soziales Deutschland, WISO Diskurs, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Baumert, Jürgen 2010: Deutsch ist der Schlüssel, in: DIE ZEIT Nr. 17, 20. April 2011, S. 63.
- Baumol, William 1967: Macroeconomics of Unbalanced Growth. The Anatomy of Urban Crisis, in: The American Economic Review, Bd. 57 (3), S. 415-426.
- Bienzeisler, Bernd; Ganz, Walter; Hilbert, Josef; Kluska, Denise 2011: Dienstleistungen in der Zukunftsverantwortung – Ein Plädoyer für eine (neue) Dienstleistungspolitik, WISO Diskurs, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Bontrup, Heinz-J. 2010: Durch Umverteilung von unten nach oben in die Krise, WISO Diskurs, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Borgwardt, Angela 2011: Bologna 2010/2011: Hochschulen im Umbruch – Eine Zwischenbilanz, Publikation zur Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung vom 12. November 2010, Reihe Hochschulpolitik, Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Studienförderung, Bonn.
- Bormann, René; Dauderstädt, Michael; Fischer, Michael; Schreyer, Markus 2009a: Deutschland 2020 – Aus der Krise in eine soziale Zukunft, WISO Diskurs, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- 2009b: Wohlstand durch Produktivität – Deutschland im internationalen Vergleich, WISO Diskurs, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Bosch, Gerhard 2010: In Qualifizierung investieren – ein Weiterbildungsfonds für Deutschland, WISO Diskurs, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Bosch, Gerhard; Kalina, Thorsten; Weinkopf, Claudia 2009a: Mindestlöhne in Deutschland, WISO Diskurs, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- 2009b: Warum Deutschland einen gesetzlichen Mindestlohn braucht, WISO direkt, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Busch, Klaus 2011: Das Korridormodell relaunched. Ein Konzept zur Koordinierung wohlfahrtsstaatlicher Politiken in der EU, Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, Berlin.

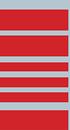
- 2010: Europäische Wirtschaftsregierung und Koordinierung der Lohnpolitik: Krise der Eurozone verlagert Strukturreformen, Friedrich-Ebert Stiftung, Internationale Politikanalyse, Berlin.
- 2009: Weltwirtschaftskrise und Wohlfahrtsstaat: Lösungskonzepte zum Abbau ökonomischer und sozialer Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft, in Europa und in Deutschland, Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, Berlin.
- Busch, Klaus; Hirschel, Dierk 2011: Europa am Scheideweg: Wege aus der Krise, Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, Berlin.
- Busemeyer, Marius R.; Kellermann, Christian; Petring, Alexander; Stuchlik, Andrej 2007: Overstretching Solidarity? Trade Union's National Perspectives on the European Economic and Social Model, Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, Berlin.
- Cichon, Michael; Behrendt, Christina; Wodsak, Veronika 2011: The UN social protection floor initiative: turning the tide at the ILO Conference 2011, Friedrich-Ebert-Stiftung, Department for Global Policy and Development, Berlin.
- Collignon, Stefan 2010: Demokratische Anforderungen an eine europäische Wirtschaftsregierung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, Berlin.
- 2008: Vorwärts mit Europa: für eine demokratische und progressive Reform der Lissabon-Strategie, Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, Berlin.
- Corneo, Giacomo 2010: Welche Steuerpolitik gehört zum „sozialdemokratischen Modell“? WISO direkt, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Dauderstädt, Michael 2011a: Der Fortschritt ist bezahlbar, WISO direkt, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- 2011b: Globales Wachstum zwischen Klima, Gleichheit und Demographie, WISO direkt, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- 2011c: Globale Ungleichheit: 50:1 für die Reichen!, WISO direkt, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- 2011d: Staatsgläubigerpanik ist keine Eurokrise! WISO direkt, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- 2011e: Eine europäische Wirtschaftsregierung muss Wachstum durch Schulden steuern, WISO direkt, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- 2010a: Die offenen Grenzen des Wachstums, WISO direkt, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- 2010b: Staatsschulden und Schuldenstaaten: Europa braucht ein neues Wachstumsmodell, WISO direkt, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- 2010c: Europas unterschätzte Ungleichheit, WISO direkt, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- 2010d: Soziales Wachstum gegen die Schuldenkrise, WISO Diskurs, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- 2009a: Kohäsion mit Defiziten – Das europäische Wachstumsmodell in der Krise, WISO direkt, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- 2009b: Was Schulden vermögen und was Vermögen schulden, WISO direkt, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- 2007: Increasing Europe's Prosperity, in: Internationale Politik und Gesellschaft, Heft 1, S. 28-46.
- Dauderstädt, Michael; Hillebrand, Ernst 2009: Exporteuropameister Deutschland und die Krise, WISO direkt, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Delpla, Jacques; von Weizsäcker, Jakob 2011: Eurobonds. Das Blue Bond-Konzept und seine Implikationen, Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, Berlin.
- Deubner, Christian 2010: Staatsverschuldung zügeln mit Hilfe der Märkte: Instrumente und Verfahren, WISO direkt, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Dullien, Sebastian 2010a: Finanzkrise kostet jeden Deutschen im Schnitt mehr als 9.000 Euro, WISO direkt, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

- 2010b: Ungleichgewichte im Euroraum: akuter Handlungsbedarf auch für Deutschland, WISO direkt, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Dullien, Sebastian; Herr, Hansjörg 2010: Die EU Finanzmarktreform: Stand und Perspektiven im Frühjahr 2010, Friedrich-Ebert Stiftung, Internationale Politikanalyse, Berlin.
- Dullien, Sebastian; von Hardenberg, Christiane 2011: Der Staat bezahlt die Krisenzeche, WISO Diskurs, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Dullien, Sebastian; Herr, Hansjörg; Kellermann, Christian 2011: Decent Capitalism: A Blueprint for Reforming our Economies, London (PlutoPress).
- 2009: Der gute Kapitalismus ... und was sich dafür nach der Krise ändern müsste, Bielefeld (transcript-Verlag).
- Ehrentraut, Oliver; Matuschke, Markus; Schüssler, Reinhard; Schmutz, Sabrina 2011: Fiskalische Effekte eines gesetzlichen Mindestlohns, WISO Diskurs, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Evans, John; Coats, David 2011: Exiting from the Crisis: Towards a Model for More Equitable and Sustainable Growth, in: Internationale Politik und Gesellschaft, Heft 2, S. 22-31.
- Färber, Christine; Spangenberg, Ulrike; Stiegler, Barbara 2008: Umsteuern – Gute Gründe für ein Ende des Ehegattensplittings, WISO direkt, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Fischedick, Manfred; Bechberger, Mischa 2009: Die ökologische Industriepolitik Deutschlands am Beispiel der Solar- und Windindustrie – Musterschüler oder Problemkind?, Moderne Industriepolitik, Heft 2, Stabsabteilung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.
- Fischer, Severin; Gran, Stefan; Hacker, Björn; Jakobi, Anja P.; Petzold, Sebastian; Pusch, Toralf; Steinberg, Philipp 2010: „EU 2020“ – Impulse für die Post-Lissabonstrategie, Progressive Politikvorschläge zur wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Erneuerung Europas, Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, Berlin.
- Greifenstein, Ralph 2011: Perspektiven der Unternehmensmitbestimmung in Deutschland – Unge-rechtfertigter Stillstand auf der politischen Baustelle? WISO Diskurs, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Greifenstein, Ralph; Weber, Helmut 2009: Zukunftsfeste betriebliche Mitbestimmung – Eine Herausforderung für Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik, WISO direkt, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- 2008: Arbeitnehmerbeteiligung im Mittelstand zwischen Patriarchat und Mitbestimmung, WISO direkt, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Hacker, Björn 2011b) Konturen einer politischen Union: die europäische Wirtschafts- und Währungsunion durch mehr Integration neu justieren: Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, Berlin.
- 2011a: MS Europa steuern oder Schiffchen versenken? Der deutsche Krisenkurs birgt ökonomischen und politischen Sprengstoff für die EU, Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, Berlin.
- 2009: Vers un „Maastricht social“ : propositions pour un pacte de stabilité sociale européen, Friedrich-Ebert-Stiftung, Paris.
- Hacker, Björn; van Treeck, Till 2010: Wie einflussreich wird die europäische Governance? Reformierter Stabilitäts- und Wachstumspakt, Europa 2020 Strategie und „Europäisches Semester“, Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, Berlin.
- Heintze, Cornelia 2011: In jeder Krise liegen Chancen: Sparpolitik contra Politik des binnenökonomisch aktiven Staates; Vortrag von Dr. Cornelia Heintze am 7. September 2010 im Rahmen der FES-Ver.di-Veranstaltung „Krise als Chance – wird sie genutzt? Potentiale von Konjunktur- und Sparprogrammen für Gemeinwohl und Geschlechtergerechtigkeit“, Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Politik und Gesellschaft, Berlin.
- Heise, Arne; Lierse, Hanna 2011: Haushaltskonsolidierung und das Europäische Sozialmodell, Auswirkungen der europäischen Sparprogramme auf die Sozialsysteme, Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, Berlin.

- Heise, Arne; Heise, Özlem Görmes 2010: Auf dem Weg zu einer europäischen Wirtschaftsregierung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, Berlin.
- Höpner, Martin; Schäfer, Armin 2010: Grenzen der Integration – wie die Intensivierung der Wirtschaftsintegration zur Gefahr für die politische Integration wird, in: *integration*, Institut für Europäische Politik, Heft 1, S. 3-20.
- Hörisch, Felix 2010: Mehr Demokratie wagen – auch in der Wirtschaft. Die Weiterentwicklung der Unternehmensmitbestimmung in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise, WISO direkt, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Illing, Gerhard 2011: Zentralbanken im Griff der Finanzmärkte – Umfassende Regulierung als Voraussetzung für eine effiziente Geldpolitik, WISO Diskurs, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Jobges, Heike 2010: Exporte um jeden Preis? Zur Diskussion um das deutsche Wachstumsmodell, WISO direkt, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Jobges, Heike; Logeay, Camille; Stephan, Sabine; Zwiener, Rudolf 2010: Deutschlands Exportüberschüsse gehen zu Lasten der Beschäftigten, WISO Diskurs, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Joerißen, Britta; Steinhilber, Jochen 2008: Die Fantastischen Vier und die Großen Sieben, in: *Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft*, Heft 5, S. 15-19.
- John-Ohnesorg, Marei 2009: Lehren. Lernen. Neugier wecken, Friedrich-Ebert-Stiftung, Netzwerk Bildung, Berlin.
- Kamppeter, Werner 2011: Internationale Finanzkrisen im Vergleich, Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, Berlin.
- Kapoor, Sony 2010: The Financial Crisis – Causes & Cures, Friedrich-Ebert-Stiftung, EU Office Brussels.
- Kellermann, Christian 2009: Der IWF als Hüter des Weltgelds? Zum chinesischen Vorschlag einer globalen Währung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, Berlin.
- Kellermann, Christian; Ecke, Matthias; Petzold, Sebastian 2009: Eine neue Wachstumsstrategie für Europa nach 2010, Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, Berlin.
- Kellermann, Christian; Kammer, Andreas 2009: Stillstand in der europäischen Steuerpolitik: welche Wege aus dem Wettbewerb und die niedrigsten Steuern?, Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, Berlin.
- Knopf, Brigitte; Kondziella, Hendrik; Pahle, Michael; Götz, Mario; Bruckner, Thomas; Edenhofer, Ottmar 2011: Der Einstieg in den Ausstieg: energiepolitische Szenarien für einen Atomausstieg in Deutschland (Langfassung), WISO Diskurs, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Lenz, Rainer 2011: Die Krise in der Eurozone: Finanzmanagement ohne Finanzpolitik, Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, Berlin.
- Löschel, Andreas 2009: Die Zukunft der Kohle in der Stromerzeugung in Deutschland: Eine umweltökonomische Betrachtung der öffentlichen Diskussion, Stabsabteilung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.
- Luci, Angela Stefanie 2011: Frauen auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland und Frankreich. Warum es Französinen besser gelingt, Familie und Beruf zu vereinbaren, Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, Berlin.
- McKinsey 2011: Mapping Global Capital Markets 2011, McKinsey Global Institute.
- Mende, Dirk-Ulrich; Corneo, Giacomo; Matthias, Ulrich; Rudolph, Thorsten; Scholz, Heiger; Wilke, Petra 2011: Zukunft der Staatsfinanzen: Perspektiven für einen demokratischen Sozialstaat, Arbeitspapier aus der Zukunftswerkstatt „Öffentliche Finanzen“, Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Niedersachsen, Hannover.
- Meyer-Stamer, Jörg 2009: Moderne Industriepolitik oder postmoderne Industriepolitik? Stabsabteilung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.
- Miegel, Meinhard 2010: Exit: Wohlstand ohne Wachstum, Berlin (Propyläen).

- Ministerium für Umwelt-, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) 2009: Umweltwirtschaftsbericht 2009 – Umweltschutz als Wirtschaftsfaktor, Berlin.
- Münchau, Wolfgang 2010: Letzter Ausweg gemeinsame Anpassung – die Eurozone zwischen Depression und Spaltung, WISO direkt, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Netzer, Nina 2011: Ein weltweiter Green New Deal : Krisenmanagement oder nachhaltiger Paradigmenwechsel? Friedrich-Ebert-Stiftung, Referat Globale Politik und Entwicklung, Berlin.
- Noack, Harald; Schackmann-Fallis, Karl-Peter 2010: Lehren aus der Finanzmarktkrise ziehen, Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.
- Noack, Harald; Schrooten, Mechthild 2009: Die Zukunft der Landesbanken – Zwischen Konsolidierung und neuem Geschäftsmodell, WISO Diskurs, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Passadakis, Alexis; Schmelzer, Matthias 2011: Postwachstum: Krise, ökologische Grenzen und soziale Rechte, Hamburg (VSA)
- Paul, Stephan; Neumann, Sascha 2011: Finanzmarktregulierung: Einführung einer Bankenabgabe und Finanztransaktionsteuer auf deutscher und europäischer Ebene, Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.
- Pfaller, Alfred 2010a: Ökosteuern in Europa: die politökonomischen Parameter der Umweltsteuerdebatte in Europa, Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, Berlin.
- 2010b: Wieder Wohlstand für alle – Politik für eine integrierte Arbeitsgesellschaft, WISO direkt, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Pfaller, Alfred; Fink, Philipp 2011: Standortpolitik für soziale Demokratie: Eckpunkte einer Agenda für Deutschland, WISO direkt, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Platzer, Hans-Wolfgang 2010: Europäisierung der Gewerkschaften, Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, Berlin.
- 2009: Konstitutioneller Minimalismus: die EU-Sozialpolitik in den Vertragsreformen von Nizza bis Lissabon, in: integration, Institut für Europäische Politik, Heft 1, S. 33-49.
- Pohlmann, Christoph; Reichert, Stephan; Schillinger, Hubert 2010: Die G-20: auf dem Weg zu einer „Weltwirtschaftsregierung“?, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.
- Priewe, Jan 2011: Die Weltwirtschaft im Ungleichgewicht – Ursachen, Gefahren, Korrekturen, WISO Diskurs, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Priewe, Jan; Rietzler, Katja 2010: Deutschlands nachlassende Investitionsdynamik 1991-2010 – Ansatzpunkte für ein neues Wachstumsmodell, WISO Diskurs, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Prognos 2011a: Soziale Prävention – Bilanzierung der sozialen Folgekosten in Nordrhein-Westfalen, Gutachten. Im Auftrag der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen, Basel.
- 2011b: Soziales Wachstum durch produktive Kreisläufe, WISO Diskurs, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn (im Erscheinen).
- Pusch, Toralf 2011: Lohnpolitische Koordinierung in der Eurozone: Ein belastbares Konzept für mehr makroökonomische Stabilität?, Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, Berlin.
- Razavi, Shahra 2011: Engendering Social Security and Protection: Challenges for Making Social Security and Protection Gender Equitable, Friedrich-Ebert-Stiftung, Department for Global Policy and Development, Berlin.
- Rixen, Thomas; Uhl Susanne 2011: Unternehmensbesteuerung europäisch harmonisieren! Was zur Eindämmung des Steuerwettbewerbs in der EU nötig ist, Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, Berlin.
- RWI 2011: Interdependenz zwischen Entwicklung des Gesundheitsmarktes und der Entwicklung der Wirtschaft und Beschäftigung, WISO Diskurs, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn (im Erscheinen).
- Schepelmann, Philipp 2010: Mit der Ökologischen Industriepolitik zum ökologischen Strukturwandel, WISO direkt, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

- Schettkat, Ronald 2011: Des Wachstums verschlungene Wurzeln: Produktivität und Beschäftigung, WISO Diskurs, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- 2010: Dienstleistungen zwischen Kostenkrankheit und Marketization, WISO Diskurs, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Schmid, Günther 2008: Von der Arbeitslosen- zur Beschäftigungsversicherung – Wege zu einer neuen Balance individueller Verantwortung und Solidarität durch eine lebenslauforientierte Arbeitsmarktpolitik, WISO Diskurs, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Spangenberg, Joachim H.; Lorek, Sylvia 2003: Lebensqualität, Konsum und Umwelt: Intelligente Lösungen statt unnötiger Gegensätze, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Schratzenstaller, Margit 2011: Vermögensbesteuerung – Chancen, Risiken und Gestaltungsmöglichkeiten, WISO Diskurs, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Schreyer, Markus 2011: Endspiel um den Euro – Notwendige wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Überwindung der Vertrauenskrise in der Euro-Zone, WISO direkt, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Seidl, Irmi; Zahrnt, Angelika 2010: Postwachstumsgesellschaft: Neue Konzepte für die Zukunft, Marburg (Metropolis).
- Spahn, Heinz-Peter 2010: Die Schuldenkrise der Europäischen Währungsunion, WISO direkt, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Steinbach, Armin; Steinberg, Philipp 2010: Nach der Krise ist vor der Krise: Haben wir die richtigen Lehren gezogen, und was bleibt zu tun?, WISO direkt, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Steinhilber, Jochen 2008: Kompass 2020: Deutschland in den internationalen Beziehungen, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.
- Uhl, Susanne; Rixen, Thomas 2007: Unternehmensbesteuerung europäisch gestalten – mitgliedstaatliche Handlungsspielräume gewinnen, Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, Berlin.
- Vesper, Dieter 2008: Defizitziel versus Ausgabenpfad – Plädoyer für eine berechenbare Haushaltspolitik, WISO Diskurs, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- van Ark, Bart; Jäger, Kirsten; Manole, Vlad; Metz, Andreas 2009: Productivity, Performance, and Progress – Germany in International Comparative Perspective, WISO Diskurs, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- von der Vring, Thomas 2010: Wirtschaftspolitische Konsequenzen aus der Krise, WISO Diskurs, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Wernstedt, Rolf; John-Ohnesorg, Marei 2010: Bevölkerung, Bildung, Arbeitsmarkt. Vom Bildungsbericht zur Bildungssteuerung, Schriftenreihe Netzwerk Bildung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.
- Wieland, Joachim; Dohmen, Dieter 2011: Bildungsföderalismus und Bildungsfinanzierung. Unveröffentlichte Studie des Netzwerk Bildung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.
- Winkler, Adalbert 2008: Geld- oder Finanzsektorpolitik: Wer trägt die Hauptschuld an der Finanzkrise?, WISO direkt, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Blossfeld, Hans-Peter; Bos, Wilfried; Daniel, Hans-Dieter; Hannover, Bettina; Lenzen, Dieter; Prenzel, Manfred; Wößmann, Ludger 2011: Bildungsreform 2000 – 2010 – 2020: Jahresgutachten 2011, Aktionsrat Bildung. (http://www.vbw-bayern.de/agv/vbw-Themen-Bildung-Bildung_ganzheitlich_gestalten-Publikationen-Jahresgutachten_des_Aktionsrats_Bildung_Bildungsreform_200020102020--14852,ArticleID__18104.htm – Zugriff am 31.10.11)
- Zitzler, Jana 2006: Plädoyer für eine europäische Mindestlohnpolitik, Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, Berlin.



Neuere Veröffentlichungen der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik

Wirtschaftspolitik

Eine europäische Wirtschaftsregierung muss Wachstum durch Schulden steuern

WISO direkt

Wirtschaftspolitik

Endspiel um den Euro – Notwendige wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Überwindung der Vertrauenskrise in der Euro-Zone

WISO direkt

Wirtschaftspolitik

... und es ward Licht?

Ein Organisationsmodell zur Umsetzung der Energiewende in Deutschland bis 2050

WISO direkt

Nachhaltige Strukturpolitik

Wege zum Abbau umweltschädlicher Subventionen

WISO Diskurs

Europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik

Staatsgläubigerpanik ist keine Eurokrise!

WISO direkt

Steuerpolitik

Progressive Sozialversicherungsbeiträge – Entlastung der Beschäftigten oder Verfestigung des Niedriglohnssektors?

WISO Diskurs

Arbeitskreis Mittelstand

Die finanzielle Mitarbeiterbeteiligung praxistauglich weiterentwickeln

WISO Diskurs

Gesprächskreis Verbraucherpolitik

Zehn Jahre „Riester-Rente“ – eine ernüchternde Rentabilitätsanalyse

WISO direkt

Arbeitskreis Innovative Verkehrspolitik

Reform des Personenbeförderungsgesetzes – Perspektiven für ein nachhaltiges und integriertes Nahverkehrsangebot

WISO Diskurs

Arbeitskreis Stadtentwicklung, Bau und Wohnen

Das Programm Soziale Stadt – Kluge Städtebauförderung für die Zukunft der Städte

WISO Diskurs

Gesprächskreis Sozialpolitik

Rente mit 67? Argumente und Gegenargumente

WISO Diskurs

Gesprächskreis Sozialpolitik

Erwerbsminderungsrente – Reformnotwendigkeit und Reformoptionen

WISO Diskurs

Gesprächskreis Sozialpolitik

Soziale Gesundheitswirtschaft: mehr Gesundheit, gute Arbeit und qualitatives Wachstum

WISO direkt

Gesprächskreis Arbeit und Qualifizierung

Atypische Beschäftigung und soziale Risiken – Entwicklung, Strukturen, Regulierung

WISO Diskurs

Arbeitskreis Arbeit-Betrieb-Politik

Perspektiven der Unternehmensmitbestimmung in Deutschland – ungerechtfertigter Stillstand auf der politischen Baustelle?

WISO Diskurs

Arbeitskreis Dienstleistungen

Dienstleistungen in der Zukunftsverantwortung – Ein Plädoyer für eine (neue) Dienstleistungspolitik

WISO Diskurs

Gesprächskreis Migration und Integration

Migrationsfamilien in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland

WISO direkt

Frauen- und Geschlechterforschung

Geschlechtergerechtigkeit im Steuerrecht?!

WISO Diskurs

Volltexte dieser Veröffentlichungen finden Sie bei uns im Internet unter

www.fes.de/wiso